

#GIDSresearch 4 / 2022

Andreas Berns

## **Wie glaubwürdig ist unsere wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik?**

#GIDSresearch | Nr. 4 / 2022 | Juli 2022 | ISSN 2699-4380

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISSN 2699-4380

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSresearch wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

#GIDSresearch gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:

Andreas Berns, Wie glaubwürdig ist unsere wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik?, #GIDSresearch 4/2022, Hamburg.

GIDS  
German Institute for Defence and Strategic Studies  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 8667 6801  
[buro@gids-hamburg.de](mailto:buro@gids-hamburg.de) · [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

## Inhalt

Prolog .....	1
1 Historisch bedingte wertebasierte Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: der „Nie-wieder-Anspruch“ .....	3
1.1 Nie wieder Auschwitz! .....	3
1.2 Nie wieder allein – Nie wieder Krieg!.....	4
2 Interessenswahrung deutscher Außen- und Sicherheits-politik: der „Geschäft-ist-Geschäft-Anspruch“ .....	4
3 Werte und Interessen im Widerspruch – die Frage der Glaubwürdigkeitskonsistenz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.....	7
3.1 Die Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten – Waffenexport in Krisenregion .....	9
3.2 Die Beziehungen mit China – Scharfrichter und wichtigster Handelspartner?.....	11
3.3 Die Beziehungen mit den USA – „Values or Our Security“? .....	13
3.4 Die Beziehungen mit Frankreich – Wertebasierte Partnerschaft auf Augenhöhe oder Erfüllungsgehilfe französischer Interessen? .....	15
3.5 Die Beziehungen mit der Türkei – Schutz der Festung Europa dank türkischem Despoten? .....	17
3.6 Die Beziehungen mit Russland – Schutz garantierende Wertegemeinschaft oder Sicherheit in Europa durch Zusammenarbeit mit großem Energieversorger? .....	18
4 Schlussfolgerungen .....	22
5 Literaturverzeichnis .....	27



Dr. Andreas Berns | Führungsakademie der Bundeswehr

# Wie glaubwürdig ist unsere wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik?

## Prolog

Nach der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 sowie den folgenden Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen wurde der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung am 24. November 2021 vorgestellt,<sup>1</sup> der sich im Unterkapitel des Kapitels VII<sup>2</sup> mit „Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte“<sup>3</sup> befasst. Dort heißt es, dass die Regierung sich für die „Bewahrung unserer freiheitlichen Lebensweise in Europa und den Schutz von Frieden und Menschenrechten weltweit einsetzen“ wird, und es wird konstatiert: „Dabei leiten uns unsere Werte und Interessen.“<sup>4</sup> Was aber bedeutet das für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik?

Zur Bedeutung von Werten in der Politik führt der ehemalige Kanzlerberater Eckhard Lübckemeier Helmut Schmidt an: der Kanzler habe den Standpunkt vertreten, dass Werte alleine keinen absoluten Handlungskompass bildeten, sondern vielmehr ein vernunftbasiertes Abwägen<sup>5</sup>, welches einem ständigen Balanceakt gleichkäme. Hierbei wird deutlich, dass sich der frühere Bundeskanzler Schmidt – nicht zuletzt gerade vom Gedankengut des Soziologen Max Weber geprägt – bei seinem außen- und sicherheitspolitischen Handeln von einer verantwortungsethischen<sup>6</sup> und weniger gesinnungsethischen<sup>7</sup> Betrachtungsweise leiten ließ. Daher stellt sich die Frage, ob sich nach Lübckemeier Deutschland diesem Balance-Prinzip nun auch „als zur europäischen Mitführung berufene(n) Macht, mehr als bisher solchen Abwägungen“ verpflichtet fühlen müsse.<sup>8</sup>

Oder erforderte es, vor dem Hintergrund der Rivalität, mit Menschenrechten bzw. Grundrechten missachtenden autokratischen oder totalitären Regimen der gegenwärtigen Welt wie China oder Russland, die durch die Erweiterung ihrer Machtprojektionen massiven internationalen Druck auf die größtenteils freiheitlichen,

---

1 Vgl. SPD/ Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021.

2 Vgl. ebd.: 130–158

3 Ebenda: 143–158.

4 Ebenda: 143.

5 Vgl. Schmidt 1982: 138 f., zitiert in: Lübckemeier 2021: 20.

6 Den Begriff „Verantwortungsethik“ verstand Max Weber – nach Robert Spaemann – als „die Einstellung eines Menschen, der bei seinen Handlungen die Gesamtheit der voraussichtlichen Folgen in Betracht zieht, der also fragt, welche Folgen insgesamt unter dem Aspekt des Wertgehaltes der Wirklichkeit die besten sind und der dementsprechend handelt, und zwar auch dann, wenn er dabei etwas tun muss, was, wenn man es isoliert betrachtet, schlecht genannt werden müsste“. Spaemann 1982: 63. Siehe hierzu auch die Primärquelle Weber 1993: 51–67. Vgl. auch Klein/Schubert 2020.

7 Vgl. Robert 1982: 61–72, insb. 63–66; Klein/Schubert 2020.

8 Schmidt 1982: 138 f., zitiert in: Lübckemeier 2021: 20.

liberalen und rechtsstaatlich konzipierten Demokratien ausüben, nicht erst recht ein klares Bekenntnis zu den, das Selbstverständnis bestimmenden Werten?

Das würde für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bedeutende Relevanz besitzen, da sie eingedenk der Zeit der hegemonial ausgerichteten Nazidiktatur und von der historischen Verantwortung Deutschlands maßgeblich geprägt ist. Denn der „moderne Verfassungsstaat ist zwar säkular und weltanschaulich neutral“, so Oberreuter. Aber „wertneutral ist dieser [bzw. unser] Staat nicht, [denn] das Grundgesetz wurde in Antwort auf den Weimarer Wertrelativismus sowie auf die nationalsozialistische Wertevernichtung bewußt [sic!] als ‚wertgebundene Ordnung‘ konzipiert“.<sup>9</sup> Und das Bundesverfassungsgericht überwacht, „daß [sic!] die aktuelle Politik sich nicht im Gegensatz zu den basic values entwickelt.“<sup>10</sup> Somit darf auch die Interessenswahrung der Bundesregierung bei der Gestaltung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik diesem Primat grundsätzlich nicht widersprechen.

Im Folgenden soll betrachtet werden, inwieweit die Entwicklung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere nach der Bildung der Deutschen Einheit 1990 – diesem Anspruch Rechnung getragen hat und diese Vorgabe für die bisherigen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland richtungweisend war. Ferner soll die Frage der Konsistenz einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik anhand der Betrachtung einzelner Schlüsselbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland näher untersucht werden. Führt dieser dezidierte Selbstanspruch der Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nicht in Widersprüche zu den, der Realpolitik unterworfenen nationalen Interessen? Können solche Widersprüche international Irritationen und Vertrauensverlust auslösen, die dann das wiederholt geäußerte Mantra Deutschlands von „Beständigkeit und Berechenbarkeit“<sup>11</sup> hinterfragen? Wie glaubwürdig war und ist die Wertebindung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik? Inwieweit sind, falls vorhanden, bestehende Glaubwürdigkeitsinkonsistenzen auflösbar oder in der Zukunft vermeidbar?

Anhand der historischen Betrachtung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der Analyse einzelner Schlüsselbeziehungen sollen Folgerungen sowie wesentliche Anteile konzeptioneller Rahmenrichtlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik abgeleitet werden, die schließlich zum Diskurs über Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns aus Sicht der politischen Ethik hinführen sollen. Diese Hinführung möchte Ausgangspunkt sein und sich gleichsam als Impuls für weiterführende wissenschaftliche Reflexionen verstanden wissen, insbesondere für solche, die im Kontext der politischen Philosophie, im Spannungsfeld von deontologischer und teleologischer (bzw. konsequentialistisch sowie utilitaristischen) Ethik verortet sind.<sup>12</sup>

---

**9** Oberreuter 2006.

**10** Ebenda.

**11** Vgl. Haftdorn 2012: 15–25.

**12** Siehe hierzu Weber 1919 und Weber 1993; siehe zu Weber auch Verstraeten 1995: 180–187; vgl. auch Ahrens 1989: 825–844; vgl. Meyer 2017 sowie Schedel 2018.

## 1 Historisch bedingte wertebasierte Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: der „Nie-wieder-Anspruch“<sup>13</sup>

Die bundesdeutsche Außenpolitik war bei ihrer Entstehung tiefgreifend von den Erfahrungen des Angriffskriegs, Holocausts und Zusammenbruchs des Dritten Reichs, die in die staatliche Teilung und den vollständigen Verlust der Souveränität Deutschlands führte, geprägt, sodass sich aus dem postulierten „Nie-wieder-Anspruch“ nicht nur eine politische Neuausrichtung, sondern auch grundsätzlich ein neues, Identität generierendes Selbstverständnis der bundesdeutschen Außenpolitik ergeben hat. Nach den Destruktions-, Schuld- und Leiderfahrungen bestand seitens vieler Deutscher zwar die intrinsische Motivation zu Wandel und Haltungsänderung, jedoch war ihnen dieses Selbstverständnis letztendlich von den Alliierten auferlegt worden, die Deutschland von der Hitler-Diktatur befreiten und besetzten. Das neue Selbstverständnis bildete eine Grundvoraussetzung für die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft. Mit dem Grundgesetz gab sich die Bundesrepublik Deutschland 1949 einen entsprechenden (neuen) Wertekanon, der seither die moralische DNA des demokratischen Staatswesens vorgibt und auch für die bundesdeutsche Außenpolitik Leitbild ist.

### 1.1 Nie wieder Auschwitz!

Der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus ist historisch ohne Beispiel. Allein der Blick auf das ganz Mittel- und Osteuropa umspannende Netz der Konzentrationslager des NS-Regimes und die industrielle Vernichtung von Menschenleben, insbesondere in Auschwitz,<sup>14</sup> lässt den Betrachtenden gewahr werden: Die Schuld wurde von vielen Menschen im Nachkriegsdeutschland – West wie Ost – oftmals verdrängt. Jedoch bestand die Erkenntnis zur Verpflichtung, in Erinnerung dieser Gräueltaten gegenüber der internationalen Völkergemeinschaft Verantwortung zu tragen und das eigene gesellschaftliche und staatliche Handeln entsprechend moralisch neu auszurichten. Kurz: „Nie wieder Auschwitz!“

Der Einsatz für Menschenrechte oder die Verhinderung bzw. Beendigung von Verfolgungen, Vertreibungen, und Völkermorden bilden seither das bundesdeutsche Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaats und die moralischen Imperative bundesdeutscher Außenpolitik. Hieraus lässt sich die historisch bedingte Verpflichtung gegenüber Israel, als der Heimstatt der seinerzeit dem von Deutschland entfachten Holocaust Entkommenen ableiten. Das Eintreten für die Existenz des Staates Israel war bereits in der Frühphase für die deutsche Außenpolitik Staatsräson. Harnisch stellt fest, dass „Schuld, Sühne und Vergebung als Normen und Praktiken der internationalen Gemeinschaft nach 1945 [den Tätern erst] ermöglichen [...], sich als Täter zu erkennen zu geben, ihre Schuld ‚zu begleichen‘ und so Wiederaufnahme in die Staatengemeinschaft zu finden“.<sup>15</sup> Lübckemeier konstatiert, dass Geschichte nachwirke

---

**13** Vgl. zum „Nie-wieder-Anspruch“ als wissenschaftlichen Betrachtungsgegenstand den Beitrag von Kovac. Kovac 2021: 29–35.

**14** Eine Übersicht über die Orte des Terrors und Vernichtung der Nationalsozialisten zeigt z. B. die Karte des Instituts für Zeitgeschichte. München – Berlin 2012. Diese ist online zu finden in Vor 75 Jahren: Todesmarsch aus Auschwitz. Hintergrund aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung 2020.

**15** Harnisch 2019: 7.

und mahnt, dass „deutsche Außenpolitik [...] weiterhin gut daran tun [würde], das zu berücksichtigen“.<sup>16</sup>

## 1.2 Nie wieder allein – Nie wieder Krieg!

Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg vollzogene außenpolitische Isolierung einer erst wenige Jahrzehnte – zudem spät, 1871 in Versailles, der „französischen Herzkammer“ des gerade besiegten Erzrivalen Frankreich – martialisch geeinten deutschen Nation, die nach ihren Gründer- und Aufstiegsjahren mit den europäischen Westmächten um Vormachtstellung in Europa und Übersee rang, wurde nach Beseitigung der Demokratie zwischen den beiden Weltkriegen von dem sich erhebenden Nazideutschland zum Entscheidungskampf der „Herrenrasse“ geführt. Nazideutschland gelang der Aufstieg auch aufgrund der – in der gleichen Herzkammer (Versailler Vertrag 1919) grundgelegten – politischen Instabilität der Weimarer Republik.

In der historischen Betrachtung der sozio-ökonomischen und politischen Veränderungsprozesse der Jahre 1871 bis 1939 bauen die Zeitabschnitte Vorkriegszeit, Erster Weltkrieg, Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg aufeinander auf, auch wenn sich daraus in der Frage der Kausalität noch keine schicksalshafte Zwangsläufigkeit ergibt.<sup>17</sup> Berger definiert als Reaktion auf den historischen Irrweg entsprechend die „zentrale[n] Strategien der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere der reflexhafte Multilateralismus und die Präferenz für nicht-militärische Konfliktlösungen, direkt aus den kontroversen Debatten über die Lehren aus der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und [...] damit, dass diese] primär nicht auf ein fixes nationales Interesse [...] zurückgeführt werden [können]“.<sup>18</sup> Das durfte und sollte „nie wieder“ geschehen. Insbesondere die nachfolgenden Generationen in Deutschland stellten entsprechend einen mahnenden, dem Frieden, der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker verpflichteten, moralischen Selbstanspruch an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

## 2 Interessenswahrung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: der „Geschäft-ist-Geschäft-Anspruch“

Innerhalb weniger Jahre nach Kriegsende gelang dem erheblich zerstörten westlichen Teil Deutschlands ein imposanter wirtschaftlicher Aufstieg – in einem Land, in dem manche Städte zu über 75 Prozent, teilweise über 90 Prozent, wie beispielsweise Düren (99,8 Prozent) oder Jülich (100 Prozent), zerstört waren.<sup>19</sup> Die Versorgungslage der Bevölkerung war in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland wie in großen Teilen Europas anfänglich zudem sehr prekär.<sup>20</sup> Doch der westdeutschen Wirtschaft gelang es in wenigen Jahren, trotz aller Kriegszerstörungen, die sich aber bei den Industrieanlagen in Grenzen hielten,<sup>21</sup> zu erholen. Die Ablehnung einer industriellen Demontage

---

<sup>16</sup> Lübckemeier 2021: 18.

<sup>17</sup> Siehe hierzu beispielsweise die Diskussion über die Kontinuitätsfrage gut zusammenfassende, für die Universität Mannheim als Essay verfasste Schrift von Isabel Funke; Funke 2014. Vgl. hierzu auch Phönix 2018.

<sup>18</sup> Berger 2002: 79, zitiert in: Harnisch 2019: 6.

<sup>19</sup> Aachener Zeitung online 2019.

<sup>20</sup> Vgl. Beckmann o.J.

<sup>21</sup> Vgl. Wolf 2016.

Westdeutschlands (Morgenthau-Plan) seitens der US-Regierung und die Hinwendung zum „strategischen Einsatz“ von Wiederaufbaukrediten (Marshallplan) in Europa war hierbei eine wichtige – da in erster Linie psychologisch wirkende – Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg Westdeutschlands. Der Marshallplan wurde in Europa hierbei bewusst als „Gegenmittel“ gegen den, auf machtpolitische Expansion ausgelegten sowjetischen Einfluss eingesetzt, auch wenn er nicht als Wohlfahrtsaktion, sondern als Kreditangebot für Westeuropa zur Unterstützung des Absatzes amerikanischer Waren ausgelegt war.<sup>22</sup> Auch die Währungsreform, eingebettet in eine wirtschaftspolitische Grundausrichtung („Soziale Marktwirtschaft“), und die beginnende wirtschaftspolitische Zusammenarbeit im westlichen Europa trugen in nur wenigen Jahren mit zu einem rasanten Aufstieg – Stichwort „(west-)deutsches Wirtschaftswunder“ – bei.<sup>23</sup> Im Fokus stand vor allen Dingen der diesbezüglich expandierende Warenexport, sodass Westdeutschlands wirtschaftspolitisches Renommee im Ausland zunehmend durch diese Entwicklung bestimmt wurde.<sup>24</sup> Dadurch wuchs die internationale Anerkennung. Der Bonner Republik kam als „Erfolgsgeschichte im internationalen System des Kapitalismus“ – insbesondere für die, durch die Sowjetunion bedrohte, Sicherheit Westeuropas unentbehrlichen USA – auch ideologisch eine wichtige strategische Rolle zu. Westdeutschland stand wie kein anderes Land als Musterbeispiel für die Systemüberlegenheit des auf freiem Handel fußenden Kapitalismus und der liberalen Demokratie westlicher Prägung einem von Planwirtschaft gekennzeichneten, kommunistischen System und sowjetischer Kaderdiktatur gegenüber. Damit wirkte die westliche Machtprojektion auch in die Warschauer Pakt-Staaten – insbesondere mit Blick auf den östlichen Teil Deutschlands, die DDR – hinein.

Aber auch die rheinische Republik nutzte ihren neuen ökonomischen Stellenwert, um eines ihrer zentralen nationalen Ziele – die deutsche Wiedervereinigung – zu unterstreichen.<sup>25</sup> So bestand via Hallstein-Doktrin ein Junktim zwischen der Anfang der Sechziger Jahre einsetzenden westdeutschen Entwicklungshilfe und der Nichtanerkennung der DDR.<sup>26</sup> Die Wahrung der Voraussetzungen zur Erhaltung der wirtschaftlichen Potenz und der steigenden Prosperität – wie die Deckung des steigenden Energiebedarfs (anfänglich Öl, später Gas) – beeinflussten zunehmend, fast einem Primat gleichkommend,<sup>27</sup> das außenpolitische Handeln des westlichen Nachkriegsdeutschland. Die Thematisierung der kausalen Verbindungslinien zwischen wirtschaftlichen Interessen und ihrer außen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen wurde in der Öffentlichkeit jedoch mit Blick auf das Selbstverständnis einer wertegeliteten Außenpolitik lange Zeit tabuisiert. Das geschah noch zwei Jahrzehnte nach Vollendung der Deutschen Einheit: Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler hatte 2010 letztlich das ausgesprochen,<sup>28</sup> was der Interessensrealität Deutschlands längst entsprach. Doch mittlerweile „gelten deutsche Interessen als ein legitimes Leitmotiv außenpolitischen Handelns“.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Beckmann o.J.

<sup>23</sup> Vgl. Kimmel 2005; Grau/Haunhorst/Würz 2014; Wolf 2016.

<sup>24</sup> Beachtenswert sind hier auch die Aussagen des Wirtschaftshistorikers Werner Abelshäuser, der auf die Voraussetzungen, die generelle ökonomische Nachkriegsentwicklung und die neue – nun globale – Exportausrichtung Westdeutschlands hinweist; Losse 2017.

<sup>25</sup> Vgl. Meier-Walser/Wolf 2012: 6.

<sup>26</sup> Vgl. Gray 2005. Siehe hierzu zudem die wertende Einschätzung von Gülstorff 2017.

<sup>27</sup> Vgl. mit Blick auf die deutsch-iranischen Beziehungen: Bösch 2019: 56–60, insb. 56.

<sup>28</sup> Vgl. Armbrüster 2010.

<sup>29</sup> Lübckemeier 2021: 19.

Auch die multilaterale Grundausrichtung Westdeutschlands bildete, aufgrund der essentiellen Bedeutung der Außenhandelsbeziehungen, eine notwendige Konsequenz. Nicht zuletzt entsprach das westdeutsche Kooperations- und Integrationsbestreben in westliche Kollektivsysteme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht nur dem Verteidigungsbedürfnis gegenüber den östlich der Elbe stehenden Truppen des Warschauer Pakts. Mit der Öffnung gegenüber den westlichen, kapitalistisch ausgerichteten Staaten diente diese Vorgehensweise auch der Absicherung der neuen ökonomischen Ausrichtung Westdeutschlands. Doch darf hierbei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Westalliierten bzw. Westeuropäer mit ihren leidvollen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und der Entwicklung zuvor, erst aufgrund der militärischen Bedrohung des Ostblocks bereit waren, verteidigungspolitisch Westdeutschland dauerhaft einzubinden und mit Hilfe der USA auch unter sicherheitspolitischer Kontrolle zu halten. Westdeutschland als ein, an die Warschauer Pakt-Staaten angrenzender, Verteidigungspuffer mit wachsender ökonomischer Stärke sollte nicht ausgeschlossen bleiben, sondern durch eine transatlantische Einbindung kontrolliert werden.<sup>30</sup>

Dieser neuen Stärke wurde sich Westdeutschland zunehmend bewusst. Das mystifizierte bundesdeutsche Wirtschaftswunder in den Wiederaufbaujahren lässt sich symbolhaft an der einsetzenden finanzpolitischen Stabilität der harten D-Mark festmachen. Diese Annahme stützt in der Frage der Identitätsfindung des westlichen Teils Nachkriegsdeutschlands die Auffassung, dass die international Respekt und wachsenden Einfluss schaffende Wirtschaftskraft Westdeutschlands für die Bürgerinnen und Bürger westlich der Elbe zu einem neuen Identifikationsfaktor wurde. Da der wirtschaftliche Erfolg der Bonner Republik ihr Ansehen im Ausland rapide ansteigen ließ, spiegelte die weltweit vermittelte und seitens Westdeutschlands erfahrene Reputation in der Zeit des nationalen Provisoriums der deutschen Teilung in Westdeutschland eine neue Form internationalen Gewichts wider. Das sich hieraus ergebende neue Selbstverständnis Bonns kompensierte damit auch ein Stück weit das Bedürfnis nach nationaler Identität. Mit Blick auf die Gestaltung der bundesdeutschen Außenpolitik zeigt die spätere Verwendung des Wortes „Scheckbuchdiplomatie“<sup>31</sup> gut auf, wie in der Phase der teilweise eingeschränkten Souveränität über Westeuropa hinaus, insbesondere spätestens seit den Siebziger Jahren, außenpolitische Wirkung generiert wurde.<sup>32</sup>

Mit dem Aufstieg zu einer der führenden Export- bzw. Wirtschaftsmächte, mit nach außen strahlender und gleichsam anziehender Finanzkraft, erwuchs dem zwar außen- und sicherheitspolitisch gestützten Westdeutschland auf der internationalen Bühne erheblicher außenpolitischer Einfluss. Dies ermöglichte wiederum die Bildung einer neuen Machtprojektion im Kontext der internationalen Beziehungen. Das galt nicht nur mit Blick auf das sich sukzessiv und langsam ökonomisch zusammenwachsende Westeuropa, sondern weltweit. Diese Bedeutung ließ Westdeutschland und Frankreich innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft zu Schlüsselstaaten werden. Zu diesen wurden sie zum einen aufgrund ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung – Frankreich als Nuklearmacht mit Sitz im UN-Sicherheitsrat – und zum anderen aufgrund ihrer ökonomischen Kraft – Westdeutschland mit seiner steigenden Wirtschaftspotenz. Diese Entente bildete schließlich den Motor für die weitere Entwicklung des sich zunehmend wirtschaftlich, dann auch politisch vereinigenden Westeuropas.

---

**30** Kagan 2019: 63 f.

**31** Vgl. Haftendorn 2012: 17.

**32** Vgl. Bösch 2019: 56–60.

Auch wurde der westdeutsche Einsatz für den europäischen Integrationsprozess nicht ernsthaft als Ausdruck hegemonialer Interessenspolitik, geschweige als ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit wahrgenommen. Dieses Engagement wurde, aufgrund der ökonomischen Vorteile, vielmehr als Bereicherung angesehen, zumal Deutschland als geteiltes Land mit kriegsfolgenbedingt begrenzter sicherheitspolitischer Relevanz Westeuropa dahingehend kaum dominieren konnte. Durch diesen Einsatz für die Entwicklung Westeuropas und dank der sich daraus ergebenden Wertschätzung, ließ mit wachsendem Integrationsprozess in Westdeutschland gar die Idee eines geeinten Westeuropas als ein adäquates, international anerkanntes sowie im Sinne eines „supranational erweiterten“ Substituts für ein neues Selbstverständnis einer mitgestaltenden Nation erscheinen. Dieses Streben Westdeutschlands schien gegenüber der nationalen Teilungsüberwindung noch bis in die Achtziger Jahre realistisch. Der Fall der Mauer wurde hingegen als nicht zeitnah erreichbar begriffen – bis jene Ereignisse im Zeitraum vom Spätsommer 1989 bis Herbst 1990 die Rahmenbedingungen der internationalen Beziehungen fundamental verändern sollten.

### 3 Werte und Interessen im Widerspruch – die Frage der Glaubwürdigkeitskonsistenz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Mit der „Friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 und infolge der deutschen Einheit, dem Ende des Warschauer Pakts und der Sowjetunion, änderte sich das außen- und sicherheitspolitische Koordinatensystem der Machtverteilung innerhalb Europas grundlegend. Das westeuropäische Bindungssystem der Europäischen Gemeinschaft(en) wurde infolgedessen aber nicht aufgehoben,<sup>33</sup> sondern vielmehr vertieft. Es wurde mit der Einführung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung zur Europäischen Union (EU) weiterentwickelt und ab 2004 auch auf das östliche Europa ausgedehnt. Mit der zunehmenden „Verflechtung“ Deutschlands war nach der deutschen Einheit ein nationaler Sonderweg, der sich bedrohlich gegen seine europäischen Nachbarn hätte wenden können, nahezu ausgeschlossen.<sup>34</sup> Doch die, aufgrund der ohnehin durch den ökonomischen Einfluss bereits bestehenden, Bedeutung des vereinten und nun mit vollen außen- und sicherheitspolitischen Souveränitätsrechten ausgestatteten Deutschlands, vergrößerte sich – angestrebt oder nicht – bereits in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts zusehends. Die Realität des europäischen Binnenmarktes verstärkte die besondere Stellung Deutschlands noch einmal erheblich. Spätestens im Zuge des Managements der Finanzkrise 2008 wuchs der Stellenwert des vereinten Deutschlands (als Schlüsselstaat der EU) evident. Auch bei dem – wenn auch letztlich erfolglosen – Versuch der Einhegung des Ukraine Konflikts (Minsker Abkommen 2015) erschien diese wachsende Machtstellung Deutschlands außen- und sicherheitspolitisch offenkundig. Deutschland wurde weniger als 20 Jahre nach der deutschen Einheit nicht nur zu einer, sondern mehr und mehr zu *der* europäischen Führungsmacht, deren Machtposition in der EU allenfalls Frankreich, wenn auch nicht wirtschaftspolitisch so doch auf dem verteidigungs- bzw. militärpolitischen Sektor, teilt.

Mit der Machtzunahme und dem Ausscheiden, des zwischen deutschen und französischen Interessen ausgleichenden, Großbritanniens aus der EU (Brexit-Abstimmung 2016) konnte und kann sich jedoch auch das Risiko einer Rivalität

---

<sup>33</sup> Meier-Walser/Wolf 2012: 7.

<sup>34</sup> Vgl. Haftendorn 2012: 16.

zwischen den beiden führenden Mitgliedsstaaten erhöhen. Dieses kann letztlich auch eine Spaltung in zwei Lager in sich bergen, insbesondere dann, wenn Deutschland seine Machtstellung innerhalb der EU nutzen würde, um – unter Inkaufnahme von Nachteilen für andere Mitglieder der EU – seine wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen im europäischen Rahmen, auf Kosten eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten, durchzusetzen. Dieser Interessenskonflikt wird aktuell dadurch verstärkt, dass die nationalistische Opposition in Frankreich die deutsche Stellung in Europa – und einer sich angeblich daraus ergebenden ökonomischen Abhängigkeit Frankreichs von Berlin – politisch thematisiert. Damit sucht sie die pro-europäischen und die, die deutsch-französische Entente seit de Gaulle befürwortenden französischen Regierungen innenpolitisch unter Druck zu setzen.

Doch nicht nur die Opposition Frankreichs beobachtet die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik derzeit mit Argwohn, auch die mediale Reflektion in den USA interpretierte eine angeblich bestehende außen- und sicherheitspolitische Zurückhaltung Deutschlands. Im konkreten Fall: in der Frage der Unterstützung der vor dem Überfall bereits von Russland bedrohten Ukraine, aufgrund mangelnder außenpolitischer Zuverlässigkeit bei der Bündnissolidarität, stellten US-Medien die Glaubwürdigkeit Deutschlands infrage.<sup>35</sup> Gerade eingedenk der machtpolitischen Neugewichtung des vereinten Deutschlands besteht, mit Vorausschau auf die begonnenen Zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts, genug Anlass zu fragen, ob sich mit dem gestiegenen Machtzuwachs die angeblich bestehende Balance zwischen deutschen Interessen und Werten verändert hat.

Doch offenbaren gerade die aktuellen Ereignisse des Ukrainekrieges vielmehr das Fehlen dieser Balance und den Mangel an Glaubwürdigkeitskonsistenz einer wertebasierten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Frage dieser Glaubwürdigkeit wurde gerade zu Beginn des Ukraine-Konflikts engagiert diskutiert, berührt aber grundsätzlich auch andere Fragestellungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik substantiell. So entstehen bei dem aufmerksamen politischen Beobachtenden durchaus Fragen zum Anspruch an die Glaubwürdigkeit einer wertebasierten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: wenn einerseits schwere Rüstungsgüter in ein Spannungsgebiet oder eine Kriegsregion mit Eskalationspotential geliefert werden, und wenn andererseits ziviles Krisenmanagement zur Stärkung oder Herstellung eines dauerhaften Friedens beispielsweise in afrikanischen Krisenregionen betrieben wird, oder wenn die Krise, zum heißen Konflikt geworden, wieder eingedämmt oder beendet werden soll. Ferner besteht einerseits eine enge handelspolitische Zusammenarbeit mit Staaten, in denen korrupte Eliten und Despoten herrschen, andererseits engagiert sich Deutschland weltweit für Menschenrechte, stellt Forderungen an Regierungen die Menschenrechte einzuhalten, die diese missachten, und ächtet politische Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung und Genozid. Die Frage der Glaubwürdigkeitskonsistenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik soll anhand der Betrachtung der Beziehung zum Nahen und Mittleren Osten bzw. anhand bilateraler Schlüsselbeziehungen Deutschlands im Folgenden untersucht und auf den Prüfstand gestellt werden.

---

**35** Vgl. Theil 2022; siehe auch Ward 2022. Bundeskanzler Scholz verkündete nach der Anerkennung der abtrünnigen Gebiete der Ukraine seitens des russischen Präsidenten Putin am 22.02.2022 den von (westlichen) Bündnispartnern begrüßten und zuvor geforderten Stopp des Genehmigungsprozesses der Pipeline Nord Stream 2. Entscheidung der Bundesregierung: Genehmigung von Nord Stream 2 gestoppt. Tageschau Online 2022a.

### 3.1 Die Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten – Waffenexport in Krisenregion

Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für Rüstungsexporte im Wirtschaftsressort und nicht im Außenressort liegt. Das lässt die grundsätzliche Frage stellen, ob der Export von Rüstungsgütern weniger eine Frage „der Wirtschaftsförderung oder der Ausfuhrkontrolle und nicht vielmehr der Außen- und Sicherheitspolitik“ ist.<sup>36</sup> Dieser „Istzustand“, so Georg Mascolo, sei bereits ein struktureller „Webfehler“.<sup>37</sup> Das sich für die Wahrung der Menschenrechte und den internationalen Frieden weltweit einsetzende Deutschland ist mit Blick auf den Zeitraum von 2016 bis 2020 nach den USA, Russland und Frankreich Hauptexporteur Nummer 4 von Großwaffen.<sup>38</sup> Bereits 2018 wurde in der Frage der Rüstungsexporte an am Jemen-Krieg beteiligte Staaten ein Passus in den damaligen Koalitionsvertrag von SPD und Union aufgenommen, indem Lieferungen an alle direkt am Krieg beteiligte Staaten Einhalt geboten werden sollte. Jedoch wurde dieser Beschluss nur für Saudi-Arabien, den Sudan und Jemen in die Tat umgesetzt.<sup>39</sup> Fakt ist, dass die Exportgenehmigungen 2019 mit rund acht Milliarden Euro auf Rekordniveau lagen<sup>40</sup> und nach einem Absinken des Jahreswerts im Folgejahr, dieser Wert 2021 mit 9,35 Milliarden auf den höchsten Stand überhaupt angestiegen ist<sup>41</sup>. Gerade nach Saudi-Arabien wurden 2020 Einzelgenehmigungen für den Export von deutschen Rüstungsgütern in Höhe von über 30 Millionen Euro erteilt.<sup>42</sup> Saudi-Arabien ist in dieser Zeit aber nicht nur Konfliktpartei im Jemen, sondern auch einer der größten außen- und sicherheitspolitischen Widersacher Irans, von dem Deutschland die Gewährleistung der friedlichen Nutzung von Atomenergie erwartet und sich dafür in den Verhandlungen zum internationalen Atomabkommen für eine Nutzungsbegrenzung (2015) aktiv eingesetzt hat und einsetzt.

Das geschah und geschieht im Wissen um das Militärpotential der mutmaßlichen Atommacht Israel, Hauptfeind des Irans. Israel, das seit Anfang der Fünfziger Jahre, spätestens seit 1956/57, mit deutschen Rüstungsgütern versorgt wird,<sup>43</sup> profitierte vom Motiv der moralischen Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel, es in seiner Existenzsicherung zu unterstützen. Dieses war aber von Anfang an nicht das einzige Motiv der militärischen Zusammenarbeit,<sup>44</sup> Rüstungsexport in die Region des Mittleren und Nahen Ostens war und ist ein lohnendes Geschäft für Deutschland. Mascolo konstatiert mit Blick auf den Rüstungshandel in dem Rekordjahr 2021, dass „an diesem besonderen deutschen Wirtschaftswunder [...] in der Zeit der rot-grünen Koalition, von 1998 bis 2005, auch die Grünen [beteiligt waren], um dann in der Opposition solche Geschäfte, etwa mit Saudi-Arabien, scharf zu kritisieren und sogar vor dem Verfassungsgericht auf eine stärkere Parlamentsbeteiligung beim Waffenexport zu klagen“.<sup>45</sup>

<sup>36</sup> Mascolo 2022.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Stockholm International Peace Research Institute (Hg.) 2021.

<sup>39</sup> Tagesschau online 2021.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda.

<sup>41</sup> Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2022a.

<sup>42</sup> Vgl. Statista Research Departement 2022.

<sup>43</sup> Serr 2015.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda.

<sup>45</sup> Mascolo 2022.

Und bildet der Rüstungsexport nach Israel bzw. in diese Krisenregion die moralisch begründete Ausnahme? Mitnichten, denn auch im Falle der Bewaffnung der Kurden im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat 2014, wurde erneut eine Ausnahme gemacht. Aber, auch wenn sich – so Mascolo – nicht gleich „jeder Ausnahmefall [...] per Gesetz abschließend definieren oder gar lösen [lasse] [...]“, so müsse doch klar sein, dass eine Ausnahme auch eine solche bleiben solle, denn ursprünglich, „sollte [...] der Export außerhalb der NATO kaum eine Rolle spielen [und] in Spannungsgebiete [...] überhaupt nicht geliefert werden [...]“. Doch den „Boom der vergangenen Jahre [verdanke] [...] die deutsche [Rüstungs-]Industrie vor allem ihren treuen Kunden in der Dauerkrisenregion Nah- und Mittelost,“ so Mascolo und fordert, dass „spätestens nach der Beteiligung vieler dortiger Staaten am Jemen-Krieg [...] [damit hätte] „endgültig Schluss“ [sein müssen].“<sup>46</sup> Offensichtlich sind die jahrelangen rüstungspolitischen Verstrickungen Deutschlands – auch in Krisenregionen – und die zumindest bis 2021 gültige und in dem Jahr in ihren Exportzahlen rekordträchtig gesteigerte Praxis der Rüstungspolitik der Bundesregierung, die der deutschen Rüstungsindustrie einen neuerlichen, nie dagewesenen wirtschaftlichen Schub verliehen hat. Die Bundesregierung versuchte grundsätzlich und bewusst – mit dem Anspruch einer wertegebundenen Außenpolitik – quasi gleichsam die Austreibung des Teufels (Gewalteskalation in Krisenregionen durch Destruktion und Konfusion) mit dem Beelzebub (mehr Waffen) zu erreichen.

Die seit Dezember 2021 im Amt befindliche Bundesregierung hat – bis zum Ukrainekrieg – zwar verlauten lassen, keine Exportgenehmigungen mehr für Rüstungsgüter an Staaten vergeben zu wollen, wenn diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind und ferner grundsätzlich postuliert, dass Deutschland für „eine restriktive Rüstungsexportpolitik [...] verbindlichere Regeln [benötige] und mit den europäischen Partnern daher eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung anstrebe. Aber selbst wenn die neue Bundesregierung diese Vorhaben umsetzen kann und es ihr zudem gelingen sollte, die politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in einem nationalen Rüstungsexportkontrollgesetz zu „verankern“, so hat sie deutlich gemacht, dass sie begründete Ausnahmen zulassen wolle.“<sup>47</sup>

Die Entscheidung der Bundesregierung vom 26. Februar 2022, Waffen in die Ukraine im Krieg gegen Russland zu liefern, in der Wahrnehmung des legitimen Rechts auf Selbstverteidigung, bedeutet die Schaffung eines neuen Falls dieser Art. Nach Aussage von Kanzler Scholz solle diese weitere „Ausnahme“ die Regel keine Waffen in Krisengebiete zu versenden, dennoch nicht vollständig aufheben. Diese Vorgabe solle „an vielen Stellen“ nach wie vor eingehalten werden.<sup>48</sup> Aufgrund des Völkerrechtsbruchs und dem Selbstverteidigungsrecht im von Russland geführten Angriffskrieg wird diese Waffenlieferung – expressis verbis als im Einklang mit dem westlichen Werteverständnis befindlich – präsentiert. Aber Waffenlieferungen in Krisengebiete werden nun ebenfalls generell nicht mehr ausgeschlossen.<sup>49</sup> Damit wurde das vorher geltende „Grundprinzip der Ausnahme“ aufgehoben.

Aber es ergeben sich Fragen, die eine moralische Begründung zuweilen dann sehr konstruiert erscheinen lassen, wenn beispielsweise darüber diskutiert wird, welcher quantitativer Lieferumfang noch ethisch verhältnismäßig sei („100“, „bis 250“ oder „bis 730“ Boden-Lufttraketen oder in einer noch größeren Menge) und ab welcher

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 146.

<sup>48</sup> Welt online 2022.

<sup>49</sup> Vgl. ebenda.

Größenordnung Rüstungsgüter (Kampfflugzeuge usw.) nicht mehr ethisch akzeptabel sind.

Nach dem Beginn des Ukraine-Krieges und der Entscheidung der Bundesregierung, Waffen unmittelbar an eine Kriegspartei in Europa, rund zwei Flugstunden von Berlin entfernt, zu liefern, stellt sich die nachvollziehbare Frage, inwieweit die Realität des massiven Rüstungsexports vor dem Hintergrund der Eskalationsrisiken mit dem Anspruch einer sich auf Werte berufenden, friedensgeleiteten Krisenvermeidungspolitik vereinbar ist. Das gilt insbesondere dann, wenn die ethisch begründete Grenzlinie, Waffen nur in Ausnahmefällen in Krisengebiete zu verschicken, im Fall der Ukraine sogar prinzipiell überschritten wurde und sich dahingehend ein Paradigmenwechsel vollzogen hat.

### 3.2 Die Beziehungen mit China – Scharfrichter und wichtigster Handelspartner?

Die Unterdrückung der Menschen in China, das Land mit der höchsten Hinrichtungsquote der Welt,<sup>50</sup> wurde von Deutschland einerseits dahingehend offiziell angesprochen,<sup>51</sup> andererseits wurde darauf geachtet, dass die, für die Exportnation Deutschland essentiell wichtigen, Wirtschaftsbeziehungen mit dem – zur wirtschaftspolitischen Weltmacht aufgestiegenen – Hightech-Land China keinen wesentlichen Schaden erleiden. Tatsache ist, dass China 2019 wiederholt wichtigster Handelspartner Deutschlands war. Auf fast 100 Milliarden Euro lassen sich für 2019 die Exporte nach China beziffern. Das ist im Zeitraum von 2007 bis 2019 eine Verdreifachung.<sup>52</sup> Die Herausforderung für Deutschland bzw. eine Bundesregierung bei der Gestaltung der Beziehungen mit China war bis jetzt, die vornehmlich wirtschaftspolitischen Interessen mit den, die deutsche Außenpolitik prägenden, Wertevorstellungen (Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte) auszubalancieren.

Dies kennzeichnete insbesondere die Chinapolitik Deutschlands unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).<sup>53</sup> Aber auch schon für die Vorgängerregierungen unter den Kanzlern Helmut Kohl (CDU) und Gerhard Schröder (SPD) stellte das Halten einer solchen Balance in der deutschen China-Politik eine Herausforderung dar.<sup>54</sup> Huang stellt fest, dass dieser „Ausgleich [...] bereits im Umgang mit den transatlantischen Partnern regelmäßig“ eine Herausforderung darstellt, „umso schwerer fällt er bei einem Partner wie China, dessen Wertvorstellungen, System und soziale Identität sich so sehr von deutschen und europäischen unterscheidet“.<sup>55</sup> Hierbei sieht Huang jedoch – mit Blick auf die Jahre der Regierung unter Führung von Angela Merkel – die Tendenz, dass sich das „Pendel zwischen Realismus und Ideologie [...] in den vergangenen Jahren jedoch immer stärker in Richtung Interessenpolitik [bewegte]“, dessen Motivation im „gewaltige[n] chinesische[n] Markt“ liege.<sup>56</sup> Ulrich Reitz skizziert die China-Politik und an diesem Beispiel die gesamte Außenpolitik der Ära Merkel: Die Bundeskanzlerin habe die China-Politik in erster Linie nach ihrem

<sup>50</sup> Vgl. Amnesty International (Hg.) 2021.

<sup>51</sup> Vgl. Zeit online 2020.

<sup>52</sup> Vgl. Huang 2021: 33; vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.) 2022.

<sup>53</sup> Huang 2021: 33.

<sup>54</sup> Ebenda: 34.

<sup>55</sup> Ebenda: 33.

<sup>56</sup> Ebenda.

Wert für den deutschen Handel bemessen. Reitz wird noch deutlicher, indem er pointiert konstatiert, dass das „Schicksal der Hongkonger, der Tibeter, der Uiguren, der Taiwaner [...] jenseits von besorgten Sonntagsreden so gut wie keine Rolle in der operativen Außenpolitik [gespielt habe]“<sup>57</sup> und somit das vorgetragene Mantra von Menschenwürde und Menschenrechte nur in ritualisierter Form bestand, aber tatsächlich keine entscheidende Handlungsrelevanz besaß.

Aber wird mit dem Machtwechsel von 2021 in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik der Anspruch des „moral first“ durch das Merkel’sche „money first“ ersetzt?<sup>58</sup> Kurz vor der Übernahme der Amtsgeschäfte als Außenministerin hatte Annalena Baerbock deutlich gemacht, dass zwar „eine wertegeleitete Außenpolitik [...] immer ein Zusammenspiel von Dialog und Härte sein [müsse]“, der Einsatz eines Importverbots gegenüber Waren aus der chinesischen Region Xinjiang, wo systematisch Menschen als Arbeitssklaven ausgebeutet werden, aber ein angemessenes Druckmittel gegenüber der Regierung Chinas sei. „Diesen Hebel des gemeinsamen Binnenmarkts“, so Baerbock, „sollten wir Europäer viel stärker nutzen.“<sup>59</sup>

Weiterführend wäre die Frage vorstellbar, wie sich Deutschland in der Menschenrechtsdebatte gegenüber China außenpolitisch positionieren würde, wenn der Global Player China davon seine eigenen Interessen beeinträchtigt sehen würde. Würde China dann als Konsequenz hieraus seine Handelsbeziehungen mit Deutschland einschränken oder die Hürden für deutsche Unternehmen in China weiter erhöhen und ihnen damit den Zugang zum chinesischen Markt erschweren oder gar verschließen? Würde Deutschland dann gegenüber China Menschenrechte einfordern und in der Außen- und Sicherheitspolitik seine Wertebindung aufrechterhalten können, ohne dafür ökonomische Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen? Auch Reitz vergisst nicht in seinem Kommentar zu erwähnen, dass ein Ausrichtungswechsel hin zu einer verstärkt wertorientierten China-Politik der Post-Merkel-Zeit möglicherweise erhebliche Konsequenzen für den Wohlstand Deutschlands nach sich ziehen könnte.<sup>60</sup> Wäre es nicht effektiver, gerade über den Weg der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Einfluss auf die Menschenrechtspolitik China zu gewinnen und damit im Bedarfsfall – Stichwort Freiheit für die Uiguren – politischen Druck auf das Regime in Peking auszuüben? Das heißt: die wirtschaftsbasierte Interessensorientierung mit der Option auszubauen, diese als Mittel zum Zweck („wertegeleitete Außenpolitik“) einsetzen zu können und damit die wirtschaftsbasierte Interessensorientierung Deutschlands moralisch zu legitimieren. Kurzum gefragt: „Wandel durch Handel“ oder Wandel durch den Ausbau wirtschaftlicher Verflechtungen, Wandel durch wechselseitige Verbundenheit zwischen Partnern auf gleicher Augenhöhe? Aber besteht bei der realistischen Betrachtung der Machtstellungen von China und Deutschland überhaupt gleiche Augenhöhe? Würde eine solche Verbundenheit nicht vielmehr zu Abhängigkeit führen? Und wer ist von wem abhängiger? Und wer wäre dadurch der Gefahr einer größeren Vulnerabilität für die eigene Autonomie und Selbstbestimmung, auch der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik, ausgesetzt?<sup>61</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich mit Blick auf die Machtprojektionen Chinas in der Welt („Belt and Road Initiative“) und der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit China die Frage, ob die wirtschaftsbasierte

<sup>57</sup> Reitz 2021.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Spiegel Online 2021.

<sup>60</sup> Vgl. Reitz 2021.

<sup>61</sup> Eine Abhängigkeit, die sich auch im Falle Deutschlands gegenüber Russland in der Frage der Energieabhängigkeit gezeigt hat.

Interessenorientierung der deutschen China-Politik für den wertegeleiteten Anspruch tatsächlich instrumentalisiert werden kann. Oder könnte sich Deutschland, sogar gerade aufgrund dieser „Machtlosigkeit“, der ethischen Verantwortung argumentativ entziehen? Das Argument mag nationalstaatlich betrachtet stimmen, aber als Mitglied Einfluss generierender Bündnis- und internationaler Beziehungssysteme nicht. In diesem Rahmen ist Deutschland von seiner ethischen Verantwortung nicht entbunden, auf China Einfluss nehmen zu können. Grundsätzlich ist in der Betrachtung der Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen der vergangenen Jahrzehnte aber festzuhalten, dass bislang eine wirtschaftsbasierte Interessenorientierung Deutschlands gegenüber einer Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik Vorrang hatte und somit hier ebenfalls Glaubwürdigkeitsinkonsistenz vorliegt.

### 3.3 Die Beziehungen mit den USA – „Values or Our Security“?

Berlin übe, in Wahrnehmung der strategisch ausgerichteten Machtprojektion eines „immer herausfordernder und auf Konfrontation“<sup>62</sup> ausgerichteten Chinas und nach politischer „Abwahl“ des gegenüber dem Handelskonkurrenten Deutschland konfrontativ ausgerichteten US-Präsidenten Donald Trump,<sup>63</sup> den Schulterchluss mit der seit 2021 neu im Amt befindlichen US-Regierung. Die alte Bundesregierung hielt eingedenk des gemeinsamen Werteverständnisses eine dahingehend enge politische Abstimmung mit der vom demokratischen Präsidenten Joe Biden geführten USA für wesentlich und regte beispielsweise einen „transatlantischen New Deal“ an, um als „eine Stimme der Vernunft in unserem gemeinsamen Kampf für Demokratie“ zu sprechen.<sup>64</sup>

Eine werteorientierte Außenpolitik, die von Idealismus geprägt sei, kann aber nach Ansicht Friedbert Pflügers bei Betrachtung des Beispiels der USA auch in die Katastrophe führen.<sup>65</sup> Hierbei bezieht er sich mit dem Satz, dass „Demokratie-Export in Regionen, die von gänzlich anderen Traditionen und Werten geprägt seien, [...] zu scheitern [drohen]“ auf Karl Kaiser und Karsten Voigt.<sup>66</sup> Das Ergebnis sei, dass Staaten der sogenannten westlichen Welt mit den USA an der Spitze die Lage der Menschen vor Ort nicht verbessern konnten, sondern sich diese im Gegenteil eher verschlechtert hätte.<sup>67</sup> Als Synonyme für das Scheitern des Westens im Mittleren und Nahen Osten stehen beispielsweise Irak, Syrien oder Afghanistan.<sup>68</sup>

Hierbei stellt sich ferner die Frage, inwieweit eine idealistische Haltung im konkreten Fall der Bedrohung für Freiheit, Selbstbestimmung der Völker sowie Menschenrechte in der Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich handlungsleitend sind. Eine massive militärische Reaktion der USA hatten bereits die freiheitsliebenden Menschen in Ost-Berlin (1953, 1961) oder Ungarn (1956) erhofft.<sup>69</sup> Doch das geschah nicht, auch nicht 1968 bei der Niederschlagung des Prager Frühlings. Die sicherheitspolitische rote Linie der USA, das heißt unmittelbar militärisch notfalls auch atomar zu antworten, dürfte jedoch dann überschritten sein, wenn die Trennlinie der

<sup>62</sup> Auswärtiges Amt (Hg.) 2021.

<sup>63</sup> Vgl. Mildner/Schmucker 2018.

<sup>64</sup> Auswärtiges Amt (Hg.) 2021.

<sup>65</sup> Vgl. Pflüger 2021.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Vgl. ebenda.

<sup>68</sup> Vgl. ebenda.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda.

vorherrschenden Einflusszonen – beispielsweise seitens Russlands oder Chinas – gravierend missachtet wird, und damit die Sicherheit der USA und der Weltfrieden gefährden würden.<sup>70</sup> Der amtierende US-Präsident Biden hat das nach Ausbruch des Ukrainekriegs mit Blick auf Russland für den Fall eines Angriffs auf einen der NATO-Mitgliedsstaaten unmissverständlich zu verstehen gegeben.<sup>71</sup> Die Frage der Überschreitung dieser roten Linie stellt sich für die USA auch, sollte die Volksrepublik China Taiwan angreifen. Dieses Szenario könnte möglicherweise dann eintreten, wenn China durch erhöhte militärische Spannungen oder gar durch eine – weder geplante, noch intendierte – militärische Konfrontation der NATO mit Russland in Europa, aufgrund der dann massiven militärischen Bindung des Westens vor Ort, die Gunst der Stunde für einen Überfall auf Taiwan nutzen würde.

Sowohl die Ergebnisse einer idealistisch ausgerichteten, wertebundenen Außen- und Sicherheitspolitik im Mittleren und Nahen Osten als auch die Bereitschaft des Westens nicht über den eigenen machtpolitisch abgesicherten Einflussbereich hinaus Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte entschlossen, gegebenenfalls mit allen denkbaren militärisch Konsequenzen zu verteidigen, haben mit dem Westen konkurrierende Mächte wie Russland und China registriert. Peking und Moskau könnten folgern, dass die USA und ihre westlichen Verbündeten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur bedingt eintreten, dass daher dieser hehre Anspruch des Westens relativiert zu betrachten ist und für politisch oder militärisch konterkarierendes Handeln keine restriktiven Folgen entstehen.

Diese Einschätzung des Westens seitens Russlands und Chinas samt der Forderung des Westens nach einer wertebasierten Ausrichtung der internationalen Beziehungen könnten – gerade angesichts der die Opfer verhöhnenden Bilder der Folterungen von Abu Ghraib und Gefangenschaften in Guantanamo – nicht nur von China und Russland weder einerseits als überzeugend wirkende Machtprojektion noch andererseits als moralisch begründet, noch ergo als glaubwürdig wahrgenommen werden.

Für Deutschland haben die Sicherheitsgarantien der NATO bzw. der USA für Europa existentielle Bedeutung. Hier stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland bereit wäre, seine als essentiell wahrgenommenen Handelsbeziehungen mit China auf Kosten ökonomischer Nachteile, zugunsten des angeblich gemeinsamen Werte- und Sicherheitsverständnisses mit den USA einzuschränken bzw. davon abhängig zu machen. Könnte der an die EU und an Deutschland gerichtete Appell der US-Regierung Bidens für eine verstärkte Wertebindung in der Außenpolitik nicht auch wirtschaftspolitisch motiviert und aus dieser Perspektive betrachtet nur ein Vorwand sein, um die EU und Deutschland von einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rivalen China abzuhalten? Ist die eigentliche Motivation der USA nicht vielmehr die Sorge, im globalen Wirtschafts- und Systemwettbewerb mit China nicht weiter an Boden zu verlieren? Würde ein weiterer Ausbau der (strategischen) wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit hin zu einer strategischen Partnerschaft Deutschlands mit China dann sicherheitspolitische Konsequenzen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach sich ziehen? Wäre Deutschland aufgrund seiner sicherheitspolitischen Abhängigkeit gegenüber den USA letztlich dazu gezwungen, der Aufforderung Washingtons Folge zu leisten, um nicht die Sicherheitsgarantien der USA für Europa und Deutschland zu riskieren oder aufweichen zu lassen? Wäre Berlin nicht zumindest solange dazu angehalten, da die EU allein gegenüber Russland, Iran und China militärisch nur bedingt abwehrbereit ist? Wenn das der Fall wäre, müsste Deutschland mit Blick auf seine existentiellen Sicherheitsinteressen seine ökonomischen Interessen hintanstellen. Das ist im Fall der akuten Bedrohung Russlands

---

**70** Vgl. Biden 2022.; vgl. auch Mayer 2022.

**71** Vgl. ebenda.; vgl. auch Biden 2022.

und dem sich damals abzeichnenden Angriff auf die Ukraine geschehen, als die Bundesregierung die Genehmigung von Nord Stream 2 ausgesetzt hatte. Demnach werden die wirtschaftlichen Interessen den Sicherheitsinteressen untergeordnet.

Somit lässt sich bei entsprechender Analyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen ebenfalls Glaubwürdigkeitsinkonsistenz feststellen: zwischen dem Anspruch einer wertebundenen – militärisch zurückhaltenden – Außen- und Sicherheitspolitik einerseits und den militärisch zu gewährleistenden Sicherheitsinteressen Deutschlands andererseits, die derzeit nur die NATO – mit den militärisch dominierenden und offensiv Macht projizierenden USA an der Spitze – garantieren kann. Deutschland, als Handelskonkurrent der USA, ordnet dafür im akuten Bedrohungsfall auch seine ökonomischen Eigeninteressen unter.

### 3.4 Die Beziehungen mit Frankreich – Wertebasierte Partnerschaft auf Augenhöhe oder Erfüllungsgehilfe französischer Interessen?

Manchem wird bei der Betrachtung der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen die Einzigartigkeit der Versöhnungsgeschichte dieser zwei benachbarten großen europäischen Länder gewahr. Diese hat sich in einem Zeitraum von nicht einmal drei Generationen von einer von Kriegen in Europa, einer von Hass bestimmten und den Kontinent entzweierenden Erbfeindschaft hin zu einer von Frieden und Freundschaft geprägten, Europa einenden Allianz, genauer Entente, entwickelt. Eingedenk der gegenseitigen Erfahrungen in Versailles (1871 und 1919), der „Blutpumpe Verdun“ (1916) im Ersten Weltkrieg sowie der deutschen Besatzungszeit in Frankreich (1940-44) war der feierliche Versöhnungsakt zwischen dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer und französischen Präsidenten Charles de Gaulle 1963 in der symbolträchtigen Krönungskirche der französischen Könige in Reims von fast spirituellem Charakter und Beginn dieser, für den Frieden in Europa historisch bedeutsamen, Entwicklung.

Zweifellos bildet diese „politische Erzählung“, dieses Narrativ von Versöhnung und Freundschaft und seine Bilder in den Gedanken der Menschen beider Nationen, eine feste Wertegrundierung einerseits, aber andererseits gilt es nicht zu leugnen, dass die Motivation zur Zusammenarbeit beider Staaten sich bereits damals aus dem politischen Kalkül speiste: Zum einen war Frankreich an der wirtschaftlichen Potenz des Nachbarn östlich des Rheins – z. B. über die Montanunion – interessiert.<sup>72</sup> Außerdem sah es in Deutschland auch ein Bollwerk bzw. einen territorialen Puffer gegenüber der, Westeuropa bedrohenden, Atommacht Sowjetunion. Zum anderen war die Besatzungsmacht Frankreich wiederum – für die über den (west-)europäischen (Einigungs-)Weg führende Rückkehr Westdeutschlands in die internationale Völkergemeinschaft und die Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität – als Partner unentbehrlich.<sup>73</sup> Aber es ist gerade das wechselseitig bestehende Kalkül, das die Beziehung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich auszeichnete und noch immer auszeichnet. Dieses Kalkül erzeugte aufgrund seiner kooperativen und integrativen Wirkung eine Friedensdividende von der das gesamte westliche und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auch das östliche Europa bis zum heutigen Tage profitieren sollten. Ebenso weiß der amtierende französische Präsident Emanuel Macron um den nach wie vor bestehenden Wert dieser deutsch-französischen Entente für die Europäische Union. Der sich aus der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands ergebende deutsche Löwenanteil bei der Finanzierung des europäischen

---

<sup>72</sup> Vgl. Abelshauser 2002; Patel 2005.

<sup>73</sup> Ebenda.

Haushalts<sup>74</sup> garantiert nicht zuletzt auch Frankreich finanzpolitische Stabilität mit, die auch innenpolitisch von unverzichtbarer Bedeutung ist.

Die französische Europapolitik ist zwar gerade für die Innenpolitik Frankreichs ein wichtiger Baustein, stellt aber nicht die einzige Blickrichtung französischer Interessen dar, die im Vergleich zu Deutschland – nicht zuletzt historisch bedingt – auch dezidiert geopolitisch ausgerichtet sind.

Auf Afrika legt Paris sein besonderes Augenmerk. Der französische Einfluss in Westafrika ist nach Ende der Kolonialzeit sowohl handels- und finanzpolitisch (Rolle der westafrikanischen Währung *Franc-CFA* bzw. *Eco*) als auch außenpolitisch – selbst angesichts der aggressiv betriebenen Machtprojektion Russlands und Chinas in der Region – nach wie vor existent.<sup>75</sup> Nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten hatte der Einfluss Frankreichs durch die Kooperation mit den nun neuen heimischen Machteliten Westafrikas Bestand. Bis dato stellt dies eine Machtkontinuität Frankreichs in dieser Region Afrikas dar.<sup>76</sup> Das französische Engagement in Westafrika im Allgemeinen, in jüngerer Zeit in Bezug auf Mali im Besonderen, wie auch die Beistandserwartung Frankreichs (2015) nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages gerade gegenüber Deutschland – verdeutlichen das französische Selbstverständnis in sicherheitspolitischer Hinsicht (Anti-Terror-Mission). Sie berühren auch die Frage der wirtschaftspolitisch motivierten, geopolitisch ausgerichteten Interessenswahrung Frankreichs in Afrika (zur Absicherung der Uranminen im Norden Malis und im Niger für den Bodenschatzhandel mit China).<sup>77</sup> Selbst die zunehmenden Machtprojektionen Chinas und Russlands in Afrika und ein französischer Abzug aus Mali werden Frankreichs (Macht-)Anspruch wirtschafts- und sicherheitspolitisch in der Region keinesfalls tilgen, da das Engagement in diesem Teil der Welt grundsätzlich dem (geopolitischen) Selbstverständnis Frankreichs entspricht. Das bedeutet nicht, dass Paris außer Acht lassen wird, hierbei die Ausrichtung partnerschaftliche (Neu-) Ausrichtung der französischen Afrikapolitik zu betonen. Das geschah aber auch schon vor der Präsidentschaft Macrons.<sup>78</sup>

Ein geopolitisches Selbstverständnis wie das Frankreichs findet sich prima vista in der deutschen Afrikapolitik nicht, auch wenn Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz bereits vor der deutschen Einheit politischen Einfluss generiert hat. Grundsätzlich besteht dadurch die Gefahr, dass durch staatliches Engagement Deutschlands auch politische Despoten und korrupte Machteliten unterstützt werden könnten. Mit Blick auf den Fortbestand von Diktaturen könnte im Sinne der Generierung von Einfluss argumentiert werden, dass die Bundesregierung zur Not auch mit solchen Machthabern Tee trinken muss, um dadurch den leidtragenden Menschen vor Ort überhaupt erst helfen zu können. Doch könnte diese Vorgehensweise die wertebasierte Außenpolitik Deutschlands unmittelbar in ein moralisches Dilemma führen. Ein solches Dilemma kann auch mittelbar im Falle einer indirekten deutschen Unterstützung französischer Afrikapolitik entstehen, sollte diese in erster Linie der Machtprojektion Frankreichs – als ein mit Unrechtsregimen kooperierender Akteur in der Region – dienen. Dadurch würde von Deutschland die Relativierung des eigenen moralischen Anspruchs politisch billigend in Kauf genommen werden, um mit dem Partner Frankreich insbesondere die gemeinsame Gestaltung der Politik innerhalb der

---

<sup>74</sup> Vgl. Urmersbach 2022; Handelsblatt online 2021; vgl. Kafsack 2021.

<sup>75</sup> Vgl. Deutsche Welle online 2020b; vgl. zudem Deutsche Welle online 2020a.

<sup>76</sup> Vgl. ebenda und Deutsche Welle online 2020b.

<sup>77</sup> Vgl. Gebauer/Hengst 2013; vgl. Spiegel online 2007; vgl. zudem Branco 2016.

<sup>78</sup> Vgl. Thorel 2013; vgl. auch Lacher 2021.

EU nicht zu gefährden. Denn Deutschland hat das Ziel, die Stellung seines Partners Frankreich in Europa nicht zu schwächen, auch um europa- und deutschlandkritischen Stimmen in der französischen Innenpolitik nicht unnötig Auftrieb zu geben.

Nicht nur unmittelbare, sondern auch mittelbare Unterstützung von Despoten oder korrupten Machteliten ist daher – mit Blick auf den Wertanspruch der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – ethisch zweifelhaft. Dies könnte auch bei der Betrachtung der deutsch-französischen Beziehungen den Eindruck hinterlassen, dass in der Frage dieses Anspruchs ebenfalls Glaubwürdigkeitsinkonsistenz vorherrscht.

### 3.5 Die Beziehungen mit der Türkei – Schutz der Festung Europa dank türkischem Despoten?

Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise arbeiten Frankreich und Deutschland zusammen. Der Lösungsdruck der Migrationskrise verstärkte die Bereitschaft der EU und Deutschlands mit der Türkei zu kooperieren. Ohne die Verhandlungs- und Vertragsbereitschaft Ankaras hätten weiter ansteigende Flüchtlingszahlen einen erheblichen Migrationsdruck auf die EU ausüben können. Eine solche Entwicklung hätte in Deutschland die innenpolitische Sorge entstehen lassen können, dass dadurch der Zusammenhalt der bundesdeutschen Gesellschaft hätte massiv beeinflusst werden können. Die innere Stabilität Deutschlands und der EU wäre wohl stärker als bisher herausgefordert worden.

Und auch wenn die Türkei für die EU und die NATO militärstrategisch ein bedeutendes Land darstellt, besteht jedoch selbst eingedenk dessen, erheblicher Zweifel, ob die Zusammenarbeit mit einer zunehmend autokratischen, den Rechtsstaat herausfordernden sowie demokratische Verhältnisse und Institutionen ab- oder umbauenden türkischen Regierung mit dem Wertanspruch deutscher Außen- und Sicherheitspolitik oder auch der dahingehenden EU-Standards vereinbar ist.

Der Zweifel an der Erfüllung des deutschen und europäischen Wertestandards verstärkt sich darüber hinaus insbesondere beim Anblick des großen Flüchtlingselends am Rande eines Europas, das sich – mit Deutschland an der Spitze – in der Welt angeblich als Verteidiger und Heimstatt der Humanität versteht. „Erst recht“, so Lübckemeier, stelle „sich das Werte- und Interessen-Problem [Europas], wenn Migrationskontrolle die Kooperation [zudem] mit skrupellosen Kräften in Transit- und Herkunftsregionen“ erforderlich mache.<sup>79</sup> Das lässt bei der Betrachtung der deutsch-türkischen Beziehungen den Eindruck entstehen, dass hier – insbesondere mit Blick auf die innere Stabilität und militärstrategische Betrachtung – überwiegend interessenbasierte Außen- und Sicherheitspolitik vorherrscht.

Angesichts der Kooperation mit dem autokratischen, Menschenrechte und Rechtsstaat herausfordernden Regime in Ankara zur Begrenzung der Migration, jedoch unter Inkaufnahme des Flüchtlingselendes, insbesondere von Frauen und Kindern auf den verschiedenen Flüchtlingsrouten und in den jeweiligen Lagern, fragt sich auch hier, inwieweit die von Deutschland propagierte Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik als glaubwürdig und dahingehend auch in diesem Fall als inkonsistent zu bezeichnen ist.

---

79 Lübckemeier 2021: 20.

### 3.6 Die Beziehungen mit Russland – Schutz garantierende Wertegemeinschaft oder Sicherheit in Europa durch Zusammenarbeit mit großem Energieversorger?

In der Frage der Gestaltung der Beziehungen mit Russland bestehen und bestanden immer substantielle Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die miteinander in folgenreicher Wechselwirkung stehen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine 2022 ist ein weiteres Kapitel der von Belastungen, Leid, Tod und Zerstörung, aber auch gegenseitigem Respekt und kultureller Wertschätzung gekennzeichneten Beziehungshistorie. Die deutsch-russischen Beziehungen gehören grundsätzlich und gegenwärtig im Besonderen zu den herausforderndsten bilateralen Beziehungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Spätestens mit Kriegsausbruch in der Ukraine im Februar 2022 stehen die durch das NATO-Bündnis garantierten Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen Deutschlands im Vordergrund. Gleichwohl ist sich Bundeskanzler Olaf Scholz angesichts der Bedrohungslage bewusst, dass Frieden dauerhaft gegen Russland für Gesamteuropa nicht wirklich erreichbar ist<sup>80</sup> und die Beziehungen auf dem Energiesektor für beide Seiten zumindest derzeit noch essentiell sind. In erster Linie ist jedoch Deutschland von Russlands Energielieferung abhängig.

Bis zum Kriegsausbruch im Februar bestand der Versuch Deutschlands, insbesondere unter der von Kanzlerin Merkel geführten und von der derzeit regierenden SPD mitgetragenen Vorgängerregierung, eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu gewährleisten. Ein Balanceakt zwischen einerseits den grundsätzlichen Bemühungen um ein, Russland einbeziehendes, gemeinsames Sicherheitsverständnis in Europa sowie – ganz im Sinne des Prinzips „Wandel durch Handel“ – der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die Sicherung der Energieversorgung Deutschlands durch russische Lieferungen von Gas (Nord Stream 1 und angestrebt Nord Stream 2) Öl und Kohle.<sup>81</sup> Andererseits wird, durch die verteidigungspolitische Absicherung der östlichen Flanke, Europas Sicherheit, dank des Schutzbündnisses NATO mit den USA in der militärischen Schlüsselposition, garantiert. Dieser Drahtseilakt schien jahrelang machbar. Hierbei galt es, nicht der politischen Naivität anheim zu fallen – weder in Unkenntnis der geopolitischen Bedeutung Europas für Washington und handfester ökonomischer Eigeninteressen der USA (Export von klimaschädlichen amerikanischem Flüssigerdgas bzw. Liquefied Natural Gas, kurz: LNG, überwiegend Fracking-Gas),<sup>82</sup> noch im Umgang mit einem russischen Despoten in Moskau.

Vor dem Hintergrund, dass der derzeit im Kreml regierende Autokrat seit Jahren wiederholt internationales Völkerrecht bricht, jegliche demokratische Opposition im eigenen Land unterdrückt und in Arbeitslager verschleppen lässt, zudem verdächtigt wird, Auftragsmorde im Ausland gesteuert zu haben, wird offensichtlich, dass der amtierende russische Präsident mit dieser Vorgehensweise im Widerspruch steht zu den Prinzipien rechtsstaatlicher Demokratien des Westens, deren Werte und Selbstverständnis. Diese antagonistische Ausrichtung hat der russische Präsident dann auch noch mit den Einnahmen unter anderem aus den Gaslieferungen via Nord Stream 1 finanziert, die Russland gerade von den von ihm herausgeforderten westlichen Demokratien, insbesondere Deutschland, erhalten hat. Während die deutsche Vorgängerregierung unter Führung von Angela Merkel im Sinne des beschriebenen

<sup>80</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1350 A.

<sup>81</sup> Vgl. Shagina/Westphal 2021; vgl. zudem Gill-Piatek 2021.

<sup>82</sup> Vgl. Tagesschau online 2021b; vgl. insb. auch Gheorghiu 2020.

Interessenausgleichs dem amtierenden US-Präsidenten sogar noch eine Duldung des geplanten Folgeprojekts Nord Stream 2 abtrotzen konnte,<sup>83</sup> stoppte ihr Nachfolger Scholz, nach Anerkennung der abtrünnigen Gebiete Luhansk und Donezk im Osten der Ukraine seitens Präsident Wladimir Putin, am 22. Februar 2022 das Projekt Nord Stream 2.<sup>84</sup> Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck wurde am gleichen Tag dahingehend noch deutlicher, als dieser kritisierte, dass diese Gaspipeline gar nicht erst hätte gebaut werden dürfen, denn Energiepolitik sei nicht nur Teil der Wirtschaftspolitik, sondern immer auch „Sicherheitspolitik und geopolitisch zu bewerten“.<sup>85</sup> Mit Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich in den deutsch-russischen Beziehungen die Waagschale zu Ungunsten einer prioritären Behandlung wirtschaftsbasierter Interessen gesenkt, auch wenn die völlige Aufgabe dieser noch nicht gänzlich vollzogen wurde und die Ankündigung deutscher Waffenlieferungen zum Unmut des Verbündeten Polen – wenn auch nur anfänglich – recht zögerlich erfolgt ist.<sup>86</sup> Am 27. Februar beschwor der noch nicht einmal 100 Tage im Amt befindliche sozialdemokratische Bundeskanzler in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages<sup>87</sup>, dass, vor dem Hintergrund der Zertrümmerung der seit der KSZE-Schlussakte (1975) geltenden europäischen Sicherheitsordnung, durch den Völkerrechtsbruch und Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine eine „Zeitenwende“<sup>88</sup> in der Geschichte Europas eingetreten sei.<sup>89</sup> Scholz kündigte die deutsche Waffenlieferung in das Kriegs- und Krisengebiet – vom wertegeleiteten Anspruch zumindest vom Prinzip ausgeschlossen (siehe Jemen-Konflikt) – und die Erfüllung bzw. Übererfüllung der, der NATO gegebenen Beteiligungszusage der nationalen Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP an. Ferner erklärte er, dass er mit der Befähigung der Bundeswehr zu einer abwehrbereiten, „leistungsfähige[n], hochmoderne[n] und fortschrittliche[n]“ Streitmacht, eine Bundeswehr zu schaffen gedenke, „die uns zuverlässig schützt“<sup>90</sup> und daher eine entsprechende Finanzierung (100 Mrd. Euro als einmaliges Sondervermögen) zur Verfügung stellen wolle.<sup>91</sup> Diese Maßnahmen bilden eine Kursänderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ab, die einem Paradigmenwechsel gleichkommt. Bundesfinanzminister Christian Lindner verdeutlichte am Folgetag in einem Interview, dass Deutschland eine der „handlungsfähigsten, schlagkräftigsten Armeen in Europa“ bekommen solle.<sup>92</sup> Noah Barkin kommentierte daraufhin am 1. März 2022 im US-Politikmagazin *The Atlantic* „Europe’s Sleeping Giant Awakens“ („Europas schlafender Riese erwacht“).<sup>93</sup> Das Ende der verteidigungspolitischen Zurückhaltung Deutschlands, das Ende der Ära

<sup>83</sup> Vgl. Emendörfer 2021; Shagina/Westphal 2021; vgl. Gill-Piatek 2021.

<sup>84</sup> Vgl. Tagesschau online 2022a.

<sup>85</sup> Vgl. Tagesschau online 2022b.

<sup>86</sup> Vgl. N-TV online 2022a. Und vgl. zur Waffenlieferung von 1000 Granatenwerfern, 500 Boden-Luft-Raketen (Stinger): N-TV online 2022a.

<sup>87</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1350 A-1355 A; vgl. auch Historische Scholz-Rede im Wortlaut: Redaktionsnetzwerk Deutschland online 2022b.

<sup>88</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1350 A.

<sup>89</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1350 A sowie ebenda: 1350 C.

<sup>90</sup> Ebenda: 1352 D.

<sup>91</sup> Ebenda: 1353 A.

<sup>92</sup> Rheinische Post online 2022.

<sup>93</sup> Barkin 2022.

Merkel – wie Gabor Steingart diese „Kehrtwende“ kommentierte – war damit endgültig vollzogen.<sup>94</sup>

Der Anspruch der Werteorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist, bezogen auf die Haltung der Bundesregierung zum russischen Überfall auf die Ukraine und dem Völkerrechtsbruch Russlands und der Nichtanerkennung der demokratisch gewählten Regierung Selenskyj, anscheinend klar: Denn Kanzler Scholz bezog sich in seiner Bundestagsrede am 27. Februar auf Frieden, Freiheit und Demokratie, auf „Werte, die wir mit ihnen [in der Ukraine] teilen“.<sup>95</sup> Bundesminister Lindner sieht in der gleichen Bundestagsitzung ähnlich wie Kanzler Scholz die kriegsbedingten Investitionen in der Verteidigung gar als „Investitionen in unsere Freiheit“.<sup>96</sup>

In einer Zeit der akuten Bedrohungslage Deutschlands liegt die Primärmotivation deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – mit Blick auf die zuvor beschriebene Balance der Interessen – in der Wahrung der, durch das NATO-Bündnis garantierten, Sicherheitsinteressen mit dem zentralen Baustein der kollektiven Verteidigung durch die wechselseitige Beistandsgarantie aller Mitgliedsstaaten, die das gleiche Verständnis von einem regel- und wertebasierten Ordnungssystem wie Deutschland besitzen. Somit steht fest, dass die unmittelbaren Sicherheitsinteressen die auf der militärischen Stärke der USA fußende, gemeinschaftliche Verteidigung der NATO-Länder – gegenüber den mittelbaren Sicherheitsinteressen Deutschlands – eine auf mutmaßlich verlässlichem Dialog gründende Zusammenarbeit mit Russland sowie Wirtschaftsinteressen Deutschlands gegenüber Russland – im Fall akuter militärischer Bedrohung durch Russland unzweifelhaft Vorrang besitzen. Das hat die amtierende Bundesregierung in der Sondersitzung des Bundestags am 27. Februar 2022, aufgrund des durch den Ukrainekrieg eingetretenen Fall, klar zum Ausdruck gebracht. Kanzler Scholz betonte entsprechend, dass der Schritt zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht nur vollzogen werden würde, um gegenüber den Bündnispartnern im Wort zu stehen, sondern auch „für unsere eigene Sicherheit, wohl wissend, dass sich nicht alle Bedrohungen der Zukunft mit den Mitteln der Bundeswehr einhegen lassen“.<sup>97</sup>

In Zeiten aber, in denen keine unmittelbar von Russland ausgehende akute Bedrohungslage besteht, sondern Russland Deutschland die Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit signalisiert, verstärkte sich das Streben Deutschlands nach Intensivierung des deutsch-russischen Dialogs und der Verständigung. Von den Staaten in unmittelbarer oder relativer Nachbarschaft wurde und wird dieses Verhalten, aufgrund der leidvollen Vergangenheit, jedoch mit großem Argwohn betrachtet.<sup>98</sup> Denn es wird befürchtet, dass ein deutsch-russisches Einvernehmen auf Kosten der Sicherheit beispielsweise Polens oder der Ukraine und zugunsten einer Vergrößerung der Machtprojektion Russlands oder – wie in der Vergangenheit auch erfahren – Deutschlands gehen kann.<sup>99</sup> Es kann sich daher schnell das Misstrauen entwickeln, dass die Vertiefung der deutsch-russischen Beziehungen wie auch die Stärkung der wirtschaftsbasierten Interessen in von Frieden und Verständigung geprägten Zeiten für Deutschland größeres Gewicht erhalten als die Sicherheitsinteressen der in

---

<sup>94</sup> Steingart 2022.

<sup>95</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1350 C.

<sup>96</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1363 C.

<sup>97</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1353 B.

<sup>98</sup> Beispiel Polen: Die leidvollen nationalen Erfahrungen mit Russland und Deutschland beziehen sich auch die wiederholten „polnischen Teilungen“ (1772, 1793 und 1795), die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts (1939), das Massaker von Katyn (1940), im Warschauer Ghetto (1943) und die Unterdrückung Polens durch die Sowjets in den Jahren 1956, 1980/1981.

<sup>99</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung online 2021.

unmittelbarer Nähe zu Russland gelegenen Staaten, wie z. B. Polen, die baltischen Staaten oder die Ukraine.

Eingedenk der historischen Verantwortung Deutschlands – gerade gegenüber Polen oder der Ukraine und deren akuter Bedrohung durch das Menschen verachtende und unterdrückende Regime Putins - ist bis zur Eskalation des Ukraine-Konflikts 2022 die Glaubwürdigkeit der Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik als nicht eindeutig konsistent zu bezeichnen. Es ist zwar einerseits schlüssig, dass gute und aktive Wirtschaftsbeziehungen mit Russland generell die Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit und damit die Sicherheit in der Region erhöhen, wenn auch nicht garantieren können, wie anhand des Ukraine-Krieges ersichtlich. Andererseits führen zunehmende wirtschaftspolitische Verflechtungen auch zu (größerer) politischer, insbesondere energiesicherheitspolitischer Abhängigkeit, und damit zu einer größeren Vulnerabilität in der Frage einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik, die die Sicherheitsinteressen der Staaten östlich von Deutschland und westlich von Russland substantiell berühren können. Deutschland strebte sogar die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zur Energiebedarfsdeckung durch Russland an, selbst mit dem Risiko des energiepolitischen Ausschlusses der Ukraine vom russischen Versorgungssystem. Und das geschah, obwohl die Destabilisierung nach der völkerrechtswidrigen Abspaltung von Landesteilen der Ukraine – letztlich ungeachtet des Minsker Abkommens von 2015 – von Russland systematisch vorangetrieben und die Finanzierung der russischen Aufrüstung durch die Einnahmen der nach Deutschland gelieferten Energie ermöglicht wurde.<sup>100</sup> Schließlich zeigte die Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energieversorgung im Laufe des Ukrainekriegs die eigene wirtschaftspolitische und – Robert Habeck folgend<sup>101</sup> – eigene sicherheitspolitische Vulnerabilität auf.

Klar ist, dass sich im Fall einer von Russland ausgehenden, akuten Bedrohungslage die Handlungspriorität verschiebt und Deutschland dann die gemeinsame Verteidigung des Bündnisses sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den, sich durch Russland bedrohten oder bedroht wählenden, östlich von Deutschland gelegenen Mitgliedsstaaten im Vordergrund stehen. In einem solchen Fall ist selbst der für die Entwicklung der Regierungspolitik in den Jahren zuvor nicht verantwortliche deutsche Klimaschutzminister Habeck bereit, aufgrund der kriegsbedingt drohenden Energieknappheit, neben der Nutzung von Windkraft und Wasserstoff durch den Bau entsprechender Terminals, auch den Import von klimaschädlichem LNG zu befürworten, das überwiegend von den USA geliefert werden sollte<sup>102</sup> und sogar die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Regime in Katar zu intensivieren, das wiederholt im Verdacht steht Menschenrechte zu missachten.<sup>103</sup>

Dem Schwur auf die sogenannte gemeinsame Wertegemeinschaft der NATO bzw. der EU – mit dem Effekt der gruppodynamischen Kohäsionsbildung – wird im akuten Bedrohungsfall, insbesondere der Sicherheit der östlichen NATO-Mitgliedsstaaten, auch seitens Deutschlands zweifelsfrei Rechnung getragen. Besteht jedoch kein akuter Bedrohungsfall seitens Russlands, gewinnt das Verständigungsinteresse Deutschlands mit Russland an Bedeutung und verringert sich das deutsche Interesse am Sicherheitsbedürfnis der östlichen EU- bzw. NATO-Mitgliedsstaaten. Dann jedoch verliert die einende europäische Wertegemeinschaft bei den Osteuropäern an vertrauensbildender Glaubwürdigkeit. Der Ukraine-Krieg hat diesen deutschen Prioritätenwechsel und die sich hieraus ergebende Glaubwürdigkeitsinkonsistenz der

---

**100** Vgl. ebenda.

**101** Vgl. Tagesschau online 2022b.

**102** Vgl. Hochstätter 2022; Süddeutsche Zeitung online 2022.

**103** Vgl. Mayerhofer 2022.

wertegebundenen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, des Wertegemeinschaftsmitglieds Deutschland offenkundig gemacht.

## 4 Schlussfolgerungen

Acht Rahmenrichtlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik lassen sich erkennen:

1. Einhaltung der Bündnisverpflichtung und -treue gegenüber dem Sicherheitsgaranten NATO mit dem militärstrategischen Schlüsselpartner USA (Transatlantische Beziehung),
2. Förderung und Weiterentwicklung der kohäsiven Zusammenarbeit der Mitglieder der EU, in gemeinsamer Führungsverantwortung mit Frankreich, zum Erhalt von Frieden und sicherheitspolitischer Stabilität innerhalb und außerhalb der EU, insbesondere in benachbarten und interessensrelevanten Regionen,
3. Bereitschaft zum verlässlichen Dialog und zur friedlichen Kooperation mit Russland auf Grundlage international geltenden Völkerrechts zur Bildung dauerhaften Friedens und nachhaltiger sicherheitspolitischer Stabilität,
4. Unterstützung des Existenzsicherungsrechts Israels,
5. Sicherung der internationalen (Friedens-)Ordnung unter Wahrung der Menschenrechte (Minderheitenschutz, Chancengerechtigkeit für Frauen, Kinderschutz usw.),
6. Erhaltung des freien Zugangs zu den Standorten und Partnern der Märkte weltweit (Exportnation Deutschland),
7. Energie- und Gesundheitssicherheit und
8. Schutz des Klimas und der gerechten Teilhabe an natürlichen Ressourcen weltweit.

Wie kann es vor dem Anspruch einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik gelingen, diese Rahmenrichtlinien dahingehend konsistent zu halten – ergo glaubwürdig zu bleiben und gegenüber den internationalen Partnern als berechenbar und verlässlich wahrgenommen zu werden – im Sinne des eingangs<sup>104</sup> erwähnten „politischen Pragmatikers“ Helmut Schmidt, eine verantwortungsvolle Politik mit Augenmaß zu betreiben?

Es ist davon auszugehen, dass dies auch der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz, im politischen Befassen mit diesen Rahmenrichtlinien grundsätzlich durch das im Schmidt'schen Sinne „Abwägen deutscher Interessen im verantwortungsethischen Sinne deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“<sup>105</sup>, bereits wertegeleitet gestaltet sieht. Eine dogmatische, im Sinne Max Webers gesinnungsethisch ausgerichtete Außenpolitik, die der Interessenbalance zuwiderläuft oder absehbar laufen könnte, würde der amtierende Bundeskanzler vermutlich eher ablehnen.

Diese Balance wird jedoch just im Kontext der deutsch-russischen Beziehungen auf die Probe gestellt. Es ist davon auszugehen, dass sich Scholz im Fall des Ukraine-Krieges der möglichen Folgen seines politischen Handelns sehr wohl bewusst ist, denn er lehnt die Sperrung des Luftraums über der Ukraine und die Gewährleistung dieser

---

<sup>104</sup> Siehe Prolog dieses Beitrags, 1 f.

<sup>105</sup> Vgl. Rupps 2008.

seitens der NATO sowie den Einsatz von Kampfflugzeugen der Allianz ab.<sup>106</sup> Zudem agierte er in der Frage der Lieferung von größeren Waffen eine zeitlang sehr zurückhaltend. Es wäre der Ukraine zwar geholfen, wenn sie ihr nachvollziehbares (Völker-)Recht zur Selbstverteidigung militärisch effektiver wahrnehmen könnte, aber die Folgen einer offensiveren Unterstützungspolitik bzw. einer unmittelbaren Kriegseteiligung Deutschlands wären nicht mehr absehbar. Denn dadurch wäre die Gefahr einer viel größeren Katastrophe gegeben – des Einsatzes taktischer Atomwaffen oder, final gedacht, der Einstieg in einen atomar geführten Dritten Weltkrieg. Die Entscheidung Deutschlands keine Kampfjets zu liefern, wurde vom ukrainischen Botschafter „feige“ genannt.<sup>107</sup> Doch grundsätzlich ist aus Sicht Präsident Putins die Frage der Grenzüberschreitung von einer indirekten zu einer direkten Kriegseteiligung schon in dem Fall zu stellen, wenn dauerhaft und systematisch größere Waffen mit strategischer Bedeutung an eine Kriegspartei geliefert werden. Das könnte zum *casus belli* führen, auch wenn Waffenlieferungen an ein überfallenes und sich selbst verteidigendes Land völkerrechtlich legitimiert sind. Aber im Fall der dauerhaften Lieferung von großen Waffen in umfangreicher Zahl und von herausragender strategischer Qualität kann – selbst unter Berücksichtigung des Schürens von Angst zur Einschüchterung des Westens – das Risiko einer bellizistischen Perzeption Russlands nicht völlig ausgeschlossen werden. Völkerrecht hin, Völkerrecht her. Auch der Philosoph Robert Spaemann gab mit Blick auf die sogenannte Verantwortungsethik bzw. dem ihr gleichkommenden Utilitarismus grundsätzlich zu bedenken, dass dieser Denkansatz (spätestens) „an der Komplexität und Undurchschaubarkeit der langfristigen Folgen unserer Handlungen“ scheitert.<sup>108</sup> Das sollte auch im Falle der militärischen Unterstützungsleistungen der Ukraine nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Prima vista scheint somit die Entscheidung der Bundesregierung, (immer mehr) Waffen – auch indirekt via Ringtausch – zu liefern, dem Prinzip nach „gesinnungsethisch“ und im Umfang „verantwortungsethisch“ akzeptabel. Doch ist diese Vorgehensweise letztlich aufgrund der Unkalkulierbarkeit der Perzeptionen und Handlungen des Angreifers hinsichtlich der Abschätzung der Folgen nicht schlüssig. Das gilt auch dann, wenn konzidiert wird, dass das Bild der Unberechenbarkeit bei den Handlungen der Gegenseite, aufgrund kriegstaktischer Erwägungen des Aggressors, als psychologisches Mittel der hybriden Kriegsführung eingesetzt wird, und im Prinzip davon das eigene Handeln eigentlich nicht abhängig sein sollte.

Es ist dementsprechend nachvollziehbar, wenn Vize-Kanzler Habeck davon spricht, dass es zwar „richtig“ sei, Waffen zur Selbstverteidigung zu liefern, dass aber heute keiner wisse, und auch er das nicht wisse, ob die Lieferung von Waffen gut sei. Auch sei er sich der Unabsehbarkeit der Folgen dieser Entscheidung wohl bewusst, als er fragt, wer denn schon wisse, wie sich dieser Krieg entwickle und wer schon wisse, „ob aus dieser Entscheidung heraus nicht weitere Entscheidungen getroffen werden und wir nicht irgendwann lauter Waffen für einen dauerhaften, langen Krieg in Europa liefern?“<sup>109</sup> Spaemann mahnt in der grundsätzlichen Frage der Bewertung des Utilitarismus, indem er schreibt: „Wir tappen, was die Gesamtheit der Folgen betrifft, immer im Dunkeln“.<sup>110</sup>

<sup>106</sup> Vgl. Krüger 2022; Spiegel online 2022a.

<sup>107</sup> Spiegel online 2022b.

<sup>108</sup> Spaemann 1982: 67.

<sup>109</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1369 A.

<sup>110</sup> Spaemann 1982: 68.

Auf eine rein pazifistische Argumentation könnte nach Spaemann mit dem Hinweis geantwortet werden, dass ein rein pazifistisches Handeln „gerade dazu ausreicht, die eigene Position so zu schwächen, dass [sic] ein potentieller Gegner herausgefordert wird“, worauf ein Pazifist verweisen könnte, dass das dann „nicht seine Schuld sei; wenn schon getötet werde, dann wolle er wenigstens daran unbeteiligt sein“.<sup>111</sup> Das generelle „Unbeteiligtsein“ oder „Untätigsein“ befreie aber auch dann nicht von der Schuld, der der Pazifist zu entrinnen glaubt.<sup>112</sup> Auf den Fall der militärischen Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland angewandt, könnte dann auch das Argument nachvollziehbar sein, das besagt, dass gar keine Waffen, auch nicht zur Selbstverteidigung, geliefert werden sollten, da Lieferungen von Waffen per se ethisch nicht verantwortbar wären. In Fall beider Argumentationslinien könnte nach Spaemann mit Hegel geantwortet werden, dass „der Grundsatz, bei den Handlungen die Konsequenzen verachten, und der andere, die Handlungen aus den Folgen beurteilen und sie zum Maßstab dessen, was gerecht und gut sei, zu machen, [...] beides gleich abstrakter Verstand [sei]“.<sup>113</sup>

Politische Entscheidungsträger, die entweder eine Beteiligung militärischer Hilfeleistung – ob Waffenlieferungen in quantitativ bzw. qualitativ geringerem oder größerem Ausmaß – oder das Ausbleiben jeglicher militärischen Hilfeleistung verantworten, können sich somit nicht davon befreien, gegebenenfalls damit Schuld auf sich geladen zu haben. Eine mögliche Schuld erscheint in diesem Fall durch die Maßnahme der Begrenzung der Rüstungsunterstützung erträglicher – im Vergleich zu Lieferungen in quantitativ bzw. qualitativ größerem Ausmaß wie z. B. von Kampfflugzeugen – wird aber dadurch nicht gänzlich aufgelöst. Weder in unmittelbarem Sinne, da Waffenlieferungen, selbst in sehr begrenztem Umfang, das Tötungsrisiko einschließen, noch in mittelbarem Sinne können die Folgen vollends abgeschätzt werden. Auch Vizekanzler Habeck ist sich bewusst, dass, auch wenn er die Entscheidung der militärischen Unterstützung im beschlossenen Umfang für richtig hält, wir trotzdem „schuldig werden“ und nicht „mit sauberen Händen aus der Sache“ herauskommen.<sup>114</sup>

Grundsätzlich aber sollte zweifelsfrei klar sein, dass eine, für eine Bundesregierung handlungsleitende, ethische Ausrichtung interessengeleiteter Außen- und Sicherheitspolitik dann die Grenze der Glaubwürdigkeit überschreitet, wenn durch Beteiligung deutscher Technologie ein militärischer Angriff oder durch deutsche Wirtschaftspolitik die Finanzierung von Völkermord bewusst in Kauf genommen oder staatliche Kooperation mit Regimen betrieben würde, die (permanent oder systematisch) Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung von Teilen ihrer Bevölkerung und (ethnischen, religiösen u. a.) Vernichtungskrieg praktizierten. Das gilt auch für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit Deutschlands, wenn sie billigend in Kauf nähme, dass durch eine entsprechende wirtschaftliche Unterstützung Despoten samt Entourage an der Macht gehalten werden würden, die Massenmord, Auslöschung von Bevölkerungsgruppen und systematischen Missbrauch von Frauen und Kindern betreiben oder unverhohlen anstreben. Das sind die quasi gesinnungsethisch – gezogenen Grenzlinien einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, die nicht überschritten werden dürfen. Denn es stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich auch die Frage nach der Verantwortung, die durch das Nicht-Handeln bzw. Ausbleiben des Handelns entsteht – wobei weitere, in diesem Geiste der

---

<sup>111</sup> Ebenda: 64.

<sup>112</sup> Ebenda.

<sup>113</sup> Ebenda.

<sup>114</sup> Deutscher Bundestag (Hg.) 2022: 1369 A.

Unverhandelbarkeit stehenden Kontexte reflektorisch noch zu identifizieren und – präziser – zu benennen wären.

Solange jedoch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik entsprechende Grenzlinien nicht überschreitet und die Folgen ihres Handelns nach menschlichem Ermessen abschätzen kann, steht beispielsweise das Verfolgen von Wirtschaftsinteressen – zumal gerade dadurch Verständnis und Vertrauen zwischen Staaten gefördert werden und sich positiv auf die Entwicklung von bilateralen Beziehungen auswirken kann – nicht im Gegensatz zum Anspruch der Wertebindung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Das bedeutet, dass die jeweilige sich im Amt befindliche Bundesregierung in diesem Handlungsrahmen auch ihre eigenen inhaltlichen oder regionalen Interessenschwerpunkte entsprechend ihrer politischen Agenda setzen und deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gestalten kann und auch sollte.

Mit Blick auf die konzeptionelle Gestaltung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im bereits begonnenen Jahrzehnt der Zwanziger Jahre gilt es, die verschiedenen bilateralen Beziehungen – in der EU gemeinsam beschlossen oder abgestimmt – dahingehend trennschärfer zu überprüfen. Das heißt, zu klären, ob die derzeitige zwischenstaatliche Zusammenarbeit dem selbst gesetzten, normativen, ethischen Anspruch der Interessen- und Wertedifferenzierungen standhält. Und, falls dies nicht der Fall ist und absehbar keine Änderung möglich ist oder in Aussicht steht, auch darüber zu entscheiden, ob die jeweilig betrachtete zwischenstaatliche Kooperation in der bisherigen Ausgestaltung beibehalten werden kann. Sollte die gesetzte bzw. qua Grundgesetz normativ vorgegebene ethische Grenzlinie zweifelsfrei überschritten worden sein (z. B. Belege für Völkermord, systematische Verfolgung von Teilen der Zivilbevölkerung), sollte die Regierungszusammenarbeit zumindest erst einmal zeitweise ausgesetzt, wenn nicht gar auf unbestimmte Zeit eingestellt werden. Das bedeutet nicht, dass damit auch der Dialog über Dritte – vermittelnde Staaten bzw. Organisationen, Einzelpersonen und somit die informelle Kommunikation über inoffizielle Kanäle – völlig zum Erliegen kommen oder zerstört werden soll. Aber es bedeutet, die Grenzen der intergouvernementalen Zusammenarbeit, bezogen auf die jeweiligen bilateralen Beziehungen (z. B. auch im multilateralen Kontext wie der EU), normativ trennschärfer auszurichten und gegenüber den kooperierenden Partnern konsequenter als bisher umzusetzen und zu vertreten. Diese grundsätzlich präzisierte Gestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik würde – wenn diese nicht als Zweck heiliges Mittel missbraucht wird – auch Herfried Münklers unmittelbar nach Beginn des Ukraine-Krieges geäußerte These vom Ende der „regelgebundenen, wertegetriebenen Weltordnung“<sup>115</sup> argumentativ entgegenwirken. Eine in diesem Sinne wertende und dahingehend abwägende Außen- und Sicherheitspolitik, die die Fähigkeit zum Perspektivwechsel einschließt, widerspricht den ethischen Prinzipien der westlichen Wertegemeinschaft nicht, sondern stützt diese vielmehr. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass die Ratio des Abwägens zwischen verschiedenen Optionen nicht nur Regierungen westlicher Demokratien bzw. der gleichen Werteordnung eigen ist, wenn diese auch nicht als absolut zu postulieren ist. Diese Annahme gründet zwar keine Garantie für einen konstruktiven Dialog und eine entsprechende Kooperationsbereitschaft – insbesondere dann nicht, wenn ein Abwägen ignoriert, grundsätzlich abgelehnt oder vorgetäuscht wird - aber aufgrund des wechselseitigen Nutzens besteht dennoch eine hohe Wahrscheinlichkeit der Realisierbarkeit dieses Ansatzes.

Die Grundsätze, die quasi die roten Linien einer wertebasierten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bilden müssen, sind von jeder deutschen Bundesregierung

---

<sup>115</sup> Deutschlandfunk online 2022.

einzuhalten. Sie sind unverhandelbar und können auch nicht einem „höheren Zweck“ geopfert werden, auch nicht für den Klimaschutz, Schutz vor Terrorismus, die Bewahrung der nationalen Identität usw. Eine Bundesregierung dürfte daher auch nicht der Versuchung erliegen, ethisch inakzeptable außen- und sicherheitspolitische Handlungen für einen „höheren Zweck“ zu rechtfertigen. Spaemann verdeutlicht entsprechend im Grundsätzlichen, dass es „keine unbedingten, ohne Ansehung der Umstände geltenden Handlungsgebote, wohl aber unbedingte Unterlassungsgebote [gibt]“.<sup>116</sup> Er konstatiert hierbei, dass die Handlungspflicht zwar „immer einer Abwägung [unterliege], bei der der Gedanke des geringeren Übels jenen legitimen Platz hat, den er bei der Unterlassungspflicht [jedoch] nicht haben kann“ und schlussfolgert, dass die Handlungspflicht somit „nicht von der gleichen Unbedingtheit wie die Unterlassungspflicht [ist]“.<sup>117</sup> Handlungstransparenz der Regierung – außer in streng vertraulichen Angelegenheiten (der Sicherheit) – sowie Monitoring, Evaluation, parlamentarische und rechtsstaatliche Kontrolle des Regierungshandelns wie auch den investigativen Blick der Medien, gilt es daher zur Einhaltung dieser obersten Maxime zu gewährleisten.

Entsprechend sollte nach Spaemanns’ Schüler Meier in einem konsequenten Prozess der Analyse daher aber auch geklärt werden, welche Phänomene und Politikfelder „legitimerweise mit dem Blick einer interessensbasierten und utilitaristischen Zieloptik gestaltet werden können, ja [sogar] in einem nutzenorientierten Sinne mit einer Zweck-Mittel-Politik realisiert werden müssen“.<sup>118</sup> Es gelte jedoch hierbei zu beachten, so Meier, dass eine wertegebundene Außen- und Sicherheitspolitik von „unbedingten Unterlassungspflichten“ ausgehend, grundsätzlich ethisch normativ ausgerichtet sein muss, „die nicht mehr durch ‚höhere Ziele‘ aufgehoben werden dürfen“.<sup>119</sup> Das bedeutet, dass eine wertegebundene Außen- und Sicherheitspolitik dem eigenen normativen Anspruch so lange nicht widerspricht, solange die unverhandelbaren zu ziehenden Grenzlinien nicht überschritten werden, ganz im Sinne der Spaemann’schen Kritik der Sichtweise Webers, der die sogenannte Gesinnungsethik und Verantwortungsethik selbst nicht als „absolute Gegensätze, sondern [als] Ergänzungen“ verstanden wissen wollte, „die zusammen erst den echten Menschen ausmachen“<sup>120</sup>.

Die Vermittlung dieses beschriebenen Grundansatzes, der durch die Betrachtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der politischen Ethik, Möglichkeiten und Grenzen einer wertebasierten Gestaltung und somit Wege zur Konsistenz einer wertebasierten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik aufgezeigt haben möchte, soll Schlussstein dieses Beitrags sein. Aber dieser versteht sich gleichsam dahingehend auch als Impuls für eine weiter ausdifferenzierende Betrachtungsweise, indem der Blick beispielsweise auf bestimmte einzelne Werte und Interessen gerichtet wird, um die Wirklichkeit des normativen ethischen Anspruchs auch in den einzelnen Facetten des Werte- und Interessenspektrums hinsichtlich der Stringenz wertebasierter Außen- und Sicherheitspolitik zu beleuchten.

---

**116** Spaemann 1999.

**117** Ebenda.

**118** Meier 2022; vgl. Meier 2014: 53–87; vgl. auch Meier 2012: 7–20; vgl. Meier 2020: 173–176.

**119** Meier 2022.

**120** Weber 1993: 66.; Weber 1919.

## 5 Literaturverzeichnis

- Aachener Zeitung online (2019): Als die Bomben Düren und Jülich zerstörten, in: Aachener Zeitung online vom 16.11.2019, [https://www.aachenerzeitung.de/nrw-region/als-die-bomben-dueren-und-juelich-zerstoerten\\_bid-47210137](https://www.aachenerzeitung.de/nrw-region/als-die-bomben-dueren-und-juelich-zerstoerten_bid-47210137), zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.
- Abelshauser, Werner (2002): 50 Jahre Montanunion. Beliebter Fehlschluss, in: Handelsblatt vom 23.07.2002, Universität Bielefeld online, <http://www.homes.uni-bielefeld.de/wabelsha/montan.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Ahrens, Jürgen (1989): Deontologische vs. teleologische Ethik, in: Zeitschrift für Pädagogik 35, 6, S. 825–844, [https://www.pedocs.de/volltexte/2017/14538/pdf/ZfPaed\\_1989\\_6\\_Ahrens\\_Deontologische\\_vs.\\_teleologische\\_Ethik.pdf](https://www.pedocs.de/volltexte/2017/14538/pdf/ZfPaed_1989_6_Ahrens_Deontologische_vs._teleologische_Ethik.pdf), zuletzt aufgerufen am 30.06.2022.
- Amnesty International (Hg.) (2021): Todesstrafenbericht 2020. Trotz Covid-19 setzten einige Länder Todesurteile und Hinrichtungen. Amnesty (Schweizer Sektion) online vom 21.04.2021, [#&gid=1&pid=5](https://www.amnesty.ch/de/themen/todesstrafe/dok/2021/todesstrafen-bericht-2020-hinrichtungen-trotz-covid-19-fortgesetzt), zuletzt aufgerufen am 03.12.2021.
- Armbrüster, Tobias (2010): Er wollte keine neue Militärdoktrin für Deutschland. Interview mit Ruprecht Polenz, in: Deutschlandfunk online vom 27.05.2010, <https://www.deutschlandfunk.de/er-wollte-keine-neue-militaerdoktrin-fuer-deutschland-100.html>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2022.
- Auswärtiges Amt (Hg.) (2021): Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Einweihung des Fritz Stern-Lehrstuhls der Brookings-Institution. VTC (Live Webcast Event) am 09.03.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2446630>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2021.
- Barkin, Noah: Europe's Sleeping Giant Awakens, in: The Atlantic online vom 01.03.2022, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2022/03/germany-putin-ukraine-invasion/623322/>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Beckmann, Christopher (o.J.): Der Marshall-Plan tritt in Kraft. Kalender. 3. April 1948, Konrad-Adenauer-Stiftung online, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/der-marshall-plan>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Biden, Joe (2022): Das ist ein Weltkrieg, wenn Amerikaner auf Russen schießen, in: Welt online vom 23.02.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article236828195/Joe-Biden-Das-ist-ein-Weltkrieg-wenn-Amerikaner-und-Russen-beginnen-aufeinander-zu-schiessen.html>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2022.
- Bösch, Frank (2019): 1979. Als die Welt von heute begann. C.H.Beck-Verlag: München.
- Branco, Juan (2016): Der grosse [sic] Uran-Komplott. Der französische Konzern Areva und seine dunklen Geschäfte in Afrika, in: Le Monde Diplomatie online vom 10.11.2016, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5352790>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2022.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Das Politlexikon. Bundeszentrale für politische Bildung online, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/>, zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.
- Bundeszentrale für politische Bildung online (2020): Vor 75 Jahren: Todesmarsch aus Auschwitz. Hintergrund aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung Online vom 16.01.2020, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/303537/vor-75-jahren-todesmarsch-aus-auschwitz/>, zuletzt aufgerufen am 16.01.2022.
- Deutsche Welle online (2020a): Frankreich stockt Truppen im Sahel-Gebiet auf, in:

- Deutsche Welle online vom 02.02.2020, <https://www.dw.com/de/frankreich-stockt-truppen-im-sahelgebiet-auf/a-52232387>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2022.
- Deutsche Welle online (2020b): Frankreich und Afrika: Abnabeln in Zeitlupe, in: Deutsche Welle online vom 31.07.2020, <https://www.dw.com/de/frankreich-und-afrika-abnabeln-in-zeitlupe/a-54245021-0>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2022.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2022): Stenografischer Bericht des Deutschen Bundestages der 19. Sitzung, 27. Februar 2022, Plenarprotokoll 20/19, S. 1349 A–1388 D, Deutscher Bundestag online, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2022.
- Deutschlandfunk Online (2022): Herfried Münkler über Putins Krieg: Das mit der Weltgemeinschaft können wir uns abschminken. Radiogespräch mit Herfried Münkler und Ute Welthy., in Deutschlandfunk online vom 25.02.2022, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/muenkler-putin-russland-100.html>, zuletzt aufgerufen am 25.02.2022
- Emendörfer, Jan (2021): Polen und Ukraine kritisieren Nord-Stream-Deal von Merkel und Biden. Redaktionsnetzwerk Deutschland online vom 22.07.2021, <https://www.rnd.de/politik/polen-und-ukraine-kritisieren-nord-stream-2-deal-von-merkel-und-biden-KL4UJUYWVZAKDISLRCNHL3VI.html>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Funke, Isabel (2014): Gibt es eine Kontinuität zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, GRIN-Verlag: München, <https://www.grin.com/document/427703>, zuletzt aufgerufen am 05.03.2022.
- Gebauer, Matthias/Hengst, Björn (2013): Was Frankreich in Mali wirklich will, in: Spiegel online vom 16.01.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mali-frankreich-kaempft-gegen-islamisten-und-um-bodenschaetze-a-877679.html>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2022.
- Gheorghiu, Andy (2020): US-Fracking-LNG und russisches Gas per Nordstream 2. Deutschlands Doppelspiel erhitzt geopolitische Gemüter und das Klima. Klima der Gerechtigkeit. Heinrich-Böll-Stiftung online (publiziert von Lili Fuhr) vom 30.07.2020, <https://klima-der-gerechtigkeit.de/2020/07/30/us-fracking-Ing-und-russisches-gas-per-nordstream-2-deutschlands-doppelspiel-erhitzt-geopolitische-gemueter-und-das-klima/>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Gill-Piatek, Hanna (2021): Polen vereint gegen die Pipeline, Umstrittenes Projekt Nord Stream 2. in: die tageszeitung online vom 14.06.2021, <https://taz.de/Umstrittenes-Projekt-Nord-Stream-2/15774815/>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Grau, Andreas/Haunhorst, Regina/Würz, Markus (2014): Marshall-Plan und Währungsreform, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bonn, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/marshall-plan-und-waehrungsreform.html>, zuletzt aufgerufen 08.03.2022.
- Gray, William Glenn (2005): Die Hallstein-Doktrin – ein souveräner Fehlgriff? in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Bundeszentrale für politische Bildung online vom 22.04.2005, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29088/die-hallstein-doktrin-ein-souveraener-fehlgriff/>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2020.
- Gülstorff, Torben (2017): Die Hallstein-Doktrin – Abschied von einem Mythos. Bundeszentrale für politische Bildung online vom 09.08.2017 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/253953/die-hallstein-doktrin-abschied-von-einem-mythos/>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2022.

- Haftendorn, Helga (2012): Maximen deutscher Außenpolitik – Von den Regierungen Kohl über Schröder zu Merkel, in: Meier-Walser, Reinhard/Wolf, Alexander (Hg.), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. Berichte & Studien 95, Hanns-Seidel-Stiftung/MDV Maristen-Druck & Verlag: München 2012, S. 15–25, <https://www.hss.de/download/publications/Studien95-Internet.pdf>, zuletzt aufgerufen am 07.03.2022.
- Handelsblatt online/dpa (2021): Deutschland zahlt Rekordbeitrag in EU-Haushalt, in: Handelsblatt online vom 06.08.2021, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/europaeische-union-deutschland-zahlt-rekordbetrag-in-eu-haushalt/27489280.html>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Harnisch, Sebastian (2019): Erinnerungskultur und Außenpolitik: Wie deutsche Geschichte(n) die internationale Politik prägen. Beitrag für das Internationale Symposium: Die Konstruktion und Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg, Heidelberg, [https://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch\\_renmin\\_2019\\_erinnerungskultur.pdf](https://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch_renmin_2019_erinnerungskultur.pdf), zuletzt aufgerufen am 26.11.2021.
- Hochstätter, Matthias (2022): Flüssiggas LNG. Um unsere Energiepreise zu senken, setzt Habeck plötzlich auf schmutzige Alternative, in: Focus online vom 21.02.2022, [https://www.focus.de/finanzen/verbraucher-und-energie-wende-habeck-setzt-nun-auf-fluessiggas-lng-um-energiepreise-zu-senken\\_id\\_46636608.html](https://www.focus.de/finanzen/verbraucher-und-energie-wende-habeck-setzt-nun-auf-fluessiggas-lng-um-energiepreise-zu-senken_id_46636608.html), zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Huang, Ying (2021): Werte oder Interessen? Maximen deutscher und europäischer Chinapolitik, in: China(kompetenz), in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8, Bundeszentrale für politische Bildung online vom 12. Februar 2021, S. 33–39, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/326890/werte-oder-interessen/>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2021.
- Kafsack, Hendrik (2021): Deutschland überweist Rekordsumme nach Brüssel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online vom 06.08.2021, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-haushalt-deutschland-ueberweist-rekordsumme-17473608.html>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Kagan, Robert (2019): Die Rückkehr der deutschen Frage, in: Deutsche Blätter für deutsche und internationale Politik 5, S. 63–73, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/mai/die-rueckkehr-der-deutschen-frage>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Kimmel, Elke (2005): Wirtschaftliche Impulse des Marshallplans in Deutschland. Wiederaufbau und Demontage, Bundeszentrale für politische Bildung Online vom 31.10.2005, <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/marshallplan/40038/wirtschaftliche-impulse-des-marshallplans-in-deutschland/>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Kovac, Jonathan (2021): Zweierlei „Nie wieder“, in: Internationale Politik Special 7, S. 29–35. [https://internationalepolitik.de/system/files/article\\_pdfs/IPS\\_7-2021\\_STF\\_Kovac.pdf](https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/IPS_7-2021_STF_Kovac.pdf), zuletzt aufgerufen am 30.06.2022.
- Krüger, Paul-Anton (2022): Flugverbotszone. Die Ukraine fordert sie. Aber sie wird nicht kommen, in: Süddeutsche Zeitung online vom 03.03.2022, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/flugverbotszone-ukraine-bosnien-herzegowina-irak-libyen-1.5540420>, zuletzt aufgerufen am 10.03.2022.
- Lacher, Wolfgang (2021): Unser schwieriger Partner Deutschlands und Frankreichs erfolgloses Engagement in Libyen und Mali, SWP-Studie 3, Berlin, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S03\\_deutschland-frankreich-libyen-mali.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S03_deutschland-frankreich-libyen-mali.pdf), zuletzt aufgerufen am 08.08.2022.
- Losse, Bert (2017): Die wahren Gründe des Wirtschaftswunders. Interview mit Werner

- Abelshauer, in: Wirtschaftswoche online vom 21.06.2017, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/werner-abelshauer-die-wahren-gruende-des-wirtschaftswunders/19956934.html>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Lübckemeier, Eckhard (2021): Auf Deutschland kommt es an. Berlin muss Mitführung übernehmen für ein Europa mit globaler Gestaltungsmacht, in: Maihold, Günther/Mair, Stefan /Müller, Melanie/Vorrath, Judith/Wagner, Christian (Hg.), Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse, SWP-Studie 15, Berlin, S. 17–20, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S15\\_Deutsche\\_Aussenpolitik.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S15_Deutsche_Aussenpolitik.pdf), zuletzt aufgerufen am 22.12.2021.
- Mascolo, Georg (2022): Waffenexporte. Schluss mit geheim. Deutschland liefert zu viele Rüstungsgüter, und dies zudem ohne klare Kriterien, in: Süddeutsche Zeitung vom 04.02.2022, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/waffenexporte-fregatten-ukraine-israel-bundessicherheitsrat-1.5520620>, zuletzt aufgerufen am 05.02.2022.
- Mayer, Patrick (2022): Ukraine-Konflikt. Biden droht Putin mit Deutschlands Rolle, in: Münchener Merkur online vom 23.02.2022, <https://www.merkur.de/politik/joe-biden-live-heute-rede-ukraine-konflikt-wladimir-putin-sanktionen-russland-zr-91366179.html>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2022.
- Mayerhofer, Lisa (2022): Energiekrise: Habeck streitet mit Katar über Deal – Wird Gas jetzt noch teurer?, in: Münchener Merkur online vom 11.05.2022 (akt. 27.06.2022), <https://www.merkur.de/wirtschaft/gas-katar-deal-robert-habeck-verhandlungen-preis-rohstoff-lng-emirat-oel-deutschland-lieferung-zr-91535095.html>, zuletzt aufgerufen am 22.07.2022.
- Meier, Uto (2012): Über Grenzen und Leitplanken. Ethische Verantwortung heute – jenseits zweckrationaler Vernunft. Elementarmoralische Einwürfe gegen eine Ethik der Güterabwägung. Ein Plädoyer für eine Rehabilitation des "von Natur aus Rechten", in: Kontakt. Informationen zum Religionsunterricht im Bistum Augsburg 4, S. 7–20.
- Meier, Uto (2014): Why democracy cannot work without unconditional values: On moral boundaries and ethical guideposts for a post-secular generation, in: Stepkowski, Dariusz/Murzyn, Andrzej (Hg.), Religion long forgotten.: the importance of religion in education towards civil society. Oficyna wydawnicza IMPULS (Verlag): Warschau, S. 53–87.
- Meier, Uto (2020): Unbedingt und Notwendig: Ethische Widersprüche (in) der Spätmoderne, in: Stimmen der Zeit 3, S. 173–176.
- Meier, Uto (2022): Persönliche Mitteilung. Unveröffentlichter schriftlicher Beitrag im Themendiskurs mit dem Verfasser dieser Schrift am 11.03.2022.
- Meier-Walser, Reinhard/Wolf, Alexander: Einleitung. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Kontinuität im Wandel?, in: Reinhard Meier-Walser/Wolf, Alexander (Hg.), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. Berichte & Studien 95, Hanns-Seidel-Stiftung/MDV Maristen-Druck & Verlag: München 2012, S. 5–10, <https://www.hss.de/download/publications/Studien95-Internet.pdf>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Meyer, Lukas: Pflichtenethik. Version 1.0 vom 12.10.2017, in: Ethik-Lexikon, <https://www.ethik-lexikon.de/lexikon/pflichtenethik>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2022.
- Mildner, Stormy-Annika/Schmucker, Claudia (2018): Gegen den Strich. Donald Trump und der Welthandel. Sechs Thesen auf dem Prüfstand. Internationale Politik 5, Internationale Politik online vom 31.08.2018, <https://internationalepolitik.de/de/donald-trump-und-der-welthandel>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.

- N-TV online (2022a): Deutschland liefert Waffen an Ukraine. Ukraine-Krieg im Live-Ticker, siehe N-TV online vom 26.02.2022, <https://www.n-tv.de/politik/01-31-Ukrainischer-Botschafter-nennt-deutsche-Waffenlieferungen-historisch-article2343824.html>, zuletzt aufgerufen am 27.02.2022.
- N-TV online (2022b): Westliche Verbündete schließen russische Banken aus Swift aus. Ukraine-Krieg im Live-Ticker, in: N-TV online vom 26.02.2022, <https://www.n-tv.de/politik/01-31-Ukrainischer-Botschafter-nennt-deutsche-Waffenlieferungen-historisch--article23143824.html>, zuletzt aufgerufen am 27.02.2022.
- Oberreuter, Heinrich (2006): Werte als Herausforderung aktueller Politik. Vortrag am 4. Mai 2006, MEZ TU Dresden, <https://tu-dresden.de/gsw/slk/zmoe/ressourcen/dateien/dateien/Kolloquien/down/Oberreuter.pdf?lang=de>, zuletzt aufgerufen am 27.06.2022.
- Patel, Kiran Klaus (2005): Wie Europa seine Bürger verlor. Für mehr Teilhabe: Europäisierung und die Defizite der Integration, in: Internationale Politik 7, Internationale Politik online vom 07.07.2005, <https://internationalepolitik.de/de/wie-europa-seine-buerger-verlor>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Pflüger, Friedbert (2021): Wertegebundene Außenpolitik: ja! – Selbstgerechtes Moralisieren: nein! Offener Brief an Annalena Baerbock, in: Cicero online vom 14.12.2021, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/offener-brief-an-annalena-baerbock-wertegebundene-aussenpolitik-baerbock-menschenrechte-russland-china-syrien-libyen-irak-afghanistan>, zuletzt aufgerufen am 15.12.2021.
- Phoenix (2018): Das Echo von Weimar. Was ist aus unserer Revolution geworden? Die Diskussion. Sendereihe des Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF Phoenix vom 04.11.2018, moderiert von Andreas Postel, <https://www.youtube.com/watch?v=-xO5AJbNEFQ>, zuletzt aufgerufen am 02.07.2022.
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (2022a): Deutscher Rekordwert: Rüstungsexporte von 9,35 Milliarden Euro genehmigt, in Redaktionsnetzwerk Deutschland online vom 18.01.2022, <https://www.rnd.de/politik/rekord-deutsche-ruestungsexporte-von-9-35-milliarden-euro-genehmigt-DTCHXISCLPWCNSPDOFZBNLP5SM.html>, zuletzt aufgerufen am 05.02.2022.
- Redaktionsnetzwerk Deutschland online (2022b): Historische Scholz-Rede im Wortlaut: „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie davor“, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland online vom 27.02.2022, <https://www.rnd.de/politik/historische-rede-von-olaf-scholz-im-wortlaut-die-welt-danach-ist-nicht-mehr-dieselbe-wie-davor-JPVKDM3PMKS3DBUEY4PYLGYMNA.html>, zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.
- Reitz, Ulrich (2021): Wie sehr sich Deutschland ohne Merkel verändern wird, haben viele noch nicht begriffen, in: Focus online vom 03.12.2021, [https://www.focus.de/politik/deutschland/adiou-merkel-auf-deutschland-kommt-jetzt-ein-mega-experiment-zu\\_id\\_24484808.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/adiou-merkel-auf-deutschland-kommt-jetzt-ein-mega-experiment-zu_id_24484808.html), zuletzt aufgerufen am 03.12.2021.
- Rheinische Post online (2022): Deutsche Bundeswehr. Lindner will ‚eine der schlagkräftigsten Armeen in Europa‘. TV-Interview im der ARD-Sendung Morgenmagazin am 28.02.2022, in: Rheinische Post online, [https://rp-online.de/politik/deutschland/krieg-in-der-ukraine-christian-lindner-will-eine-schlagkraeftige-bundeswehr\\_aid-66682917](https://rp-online.de/politik/deutschland/krieg-in-der-ukraine-christian-lindner-will-eine-schlagkraeftige-bundeswehr_aid-66682917), zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.
- Rupps, Martin (2008): Helmut Schmidt. Die Kanzler-Flüsterer, in: Spiegel online vom 09.12.2008, <https://www.spiegel.de/geschichte/helmut-schmidt-a-948054.html> zuletzt aufgerufen am 15.03.2022.
- Schedel, Tim: Utilitarismus. (Version 1.0 vom 12.11.2018), in: Ethik-Lexikon, <https://www.ethik-lexikon.de/lexikon/utilitarismus>, zuletzt aufgerufen am

- 30.06.2022.
- Serr, Marcel (2015): Zur Geschichte der deutsch-israelischen Rüstungskooperation, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Israel und Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6, Bundeszentrale für politische Bildung online vom 30.01.2015, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/199900/zur-geschichte-der-deutsch-israelischen-ruestungskooperation/> S. 23–29, zuletzt aufgerufen am 15.03.2022.
- Shagina, Maria/Westphal, Kirsten (2021): Nord Stream 2 und das Energie-Sicherheitsdilemma. SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik Online vom 27.07.2021, <https://www.swp-berlin.org/publikation/nord-stream-2-und-das-energie-sicherheitsdilemma>, zuletzt abgerufen am 11.03.2022.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bündnis 90/Die Grünen / Freie Demokratische Partei (SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP) (Hg.), Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025, Berlin, [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), zuletzt aufgerufen am 10.01.2022.
- Spaemann, Robert (1982): Moralische Grundbegriffe. C.H.Beck-Verlag: München.
- Spaemann, Robert (1999): Die schlechte Lehre vom guten Zweck. Der korrumpierende Kalkül hinter der Schein-Debatte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober 1999.
- Spiegel online (2007): Frankreich verkauft Atomreaktoren nach China. in: Spiegel online vom 01.02.2007, siehe: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/zeitungsbericht-frankreich-verkauft-atomreaktoren-nach-china-a-463608.html>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2022.
- Spiegel online (2021): Baerbock kündigt härteren Kurs gegenüber China an, in: Spiegel online vom 01.12.2021, <https://www.spiegel.de/ausland/china-annalena-baerbock-kuendigt-haerteren-kurs-gegenueber-der-volksrepublik-an-a-2457fb2c-3d81-49ab-8a8b-53f1b8134a71>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Spiegel online (2022a): Krieg in der Ukraine: Scholz will „ganz sicher“ keine Kampfjets in die Ukraine entsenden, in: Spiegel online vom 09.03.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-olaf-scholz-gegen-entsenden-von-nato-kampfjets-a-f67f2340-621c-45f1-93ef-d5d26343ab59>, zuletzt aufgerufen am 10.03.2022.
- Spiegel online (2022b): Ukraine braucht Panzer und Flugzeuge. Botschafter Melnyk nennt Deutschlands Haltung zu Waffenlieferungen feige. in: Spiegel online vom 11.03.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/botschafter-melnyk-nennt-deutschlands-haltung-zu-waffenlieferungen-feige-a-82d3945c-c742-4f1a-a513-daec532d6ca8>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Statista Research Departement (Hg.) (2022): Wert der Einzelgenehmigungen für den Export von deutschen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien 2008-2020, in: Statista online vom 11.02.2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/194837/umfrage/deutsche-ruestungsexporte-nach-saudi-arabien/>, zuletzt aufgerufen am 15.03.2022.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2022): Außenhandel. Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner, Destatis online, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>, zuletzt online aufgerufen am 15.03.2022.
- Steingart, Gabor (2022): Aufrüstung mit voller Kraft. Olaf Scholz ist aus dem 100-jährigen Schlaf erwacht, in: Focus online vom 28.02.2022, [https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-gabor-steingart-aufruestung-mit-voller-kraft-olaf-scholz-ist-aus-dem-100-jaehrigen-schlaf-erwacht\\_id\\_60621](https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-gabor-steingart-aufruestung-mit-voller-kraft-olaf-scholz-ist-aus-dem-100-jaehrigen-schlaf-erwacht_id_60621)

- 104.html, zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.
- Stockholm International Peace Research Institute (Hg.) (2021): SIPRI Yearbook 2021 Armaments, Disarmament and International Security. Summary. Stockholm, [https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/sipri\\_yb21\\_summary\\_en\\_v2\\_0.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/sipri_yb21_summary_en_v2_0.pdf), zuletzt aufgerufen am 15.03.2022.
- Süddeutsche Zeitung online (2021): Polen fordert Ende für Pipeline Nordstream 2, Energiepolitik, in: Süddeutsche Zeitung online vom 18.11.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-nordstream-2-russland-deutschland-1.5467055>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Süddeutsche Zeitung online/dpa-infocom (2022): Habeck und Günther einig über LNG-Terminal und Windkraft, in: Süddeutsche Zeitung online vom 11.03.2022, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-kiel-habeck-und-guenther-einig-ueber-lng-terminal-und-windkraft-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220311-99-477171>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Tagesschau online (2022a): Entscheidung der Bundesregierung: Genehmigung von Nord Stream 2 gestoppt, in: Tagesschau online vom 22.02.2022, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/scholz-nordstream-101.html>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2022.
- Tagesschau online (2021a): Rüstungsexporte in Milliardenhöhe. Deutsche Waffen für Krisenregion, Tagesschau online vom 03.01.2021, siehe: <https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-deutschland-107.html>, zuletzt aufgerufen am 02.12.2021.
- Tagesschau online (2021b) US-Experte profitieren von Gaskrise, in: Tagesschau online vom 27.09.2021, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/lng-gas-us-gasproduktion-investitionen-klimaschutz-101.html>, zuletzt aufgerufen am 11.03.2022.
- Tagesschau online (2022b): Habeck zu Nord Stream 2. „Ein Klumpenrisiko durch die Ostsee“. Interview mit Wirtschaftsminister Robert Habeck am 22.02.2022 in der ARD-Sendung „Tagesthemen“, in: Tagesschau online vom 23.02.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/habeck-nordstream-zwei-101.html>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2022.
- Theil, Astrid (2022): New York Times berichtet über nie dagewesene Russland-Sanktionen. US-Presse vom deutschen Verhalten erschüttert, in: Münchener Merkur online vom 02.02.2022, <https://www.merkur.de/politik/russland-ukraine-baerbock-scholz-deutschland-new-york-times-usa-entsetzen-presse-aktuell-91269448.html>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Thorel, Julien (2013): Der schwierige Abschied von der "Françafrique". Die französische Afrikapolitik zwischen Kontinuität und Wandel, Bundeszentrale für politische Bildung online vom 02.08.2013, <https://www.bpb.de/themen/europa/frankreich/166091/der-schwierige-abschied-von-der-francafrique-die-franzoesische-afrikapolitik-zwischen-kontinuitaet-und-wandel/>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2022.
- Urmersbach, Bruno (2022): Europäische Union. Nationale Beiträge der Mitgliedstaaten zum Haushalt im Jahr 2020 (in Milliarden Euro), in: Statista online vom 21.01.2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155196/umfrage/die-zehn-wichtigsten-beitragszahler-im-eu-haushalt-2010/>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Ward, Sandra (2022): Deutsche Politik sorgt für Kopfschütteln. „Schwächstes Glied in der Ukraine-Krise“. USA sind entsetzt über Kanzler Scholz, in: Focus Online vom 29.01.2022, [https://www.focus.de/politik/ausland/usa/usa-zur-deutschen-ukraine-politik-schwaechstes-glied-in-der-ukraine-krise-usa-sind-entsetzt-ueber-chancellor-scholz\\_id\\_45145688.html](https://www.focus.de/politik/ausland/usa/usa-zur-deutschen-ukraine-politik-schwaechstes-glied-in-der-ukraine-krise-usa-sind-entsetzt-ueber-chancellor-scholz_id_45145688.html), zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.

- Weber, Max (1919): Politik als Beruf (Vortrag). Zweiter Vortrag im Rahmen einer Vortragsreihe „Geistige Arbeit als Beruf“. Ausarbeitung des Verfassers auf Grund einer stenographischen Nachschrift, im Druck erschienen im Oktober 1919, München. [https://www.textlog.de/weber\\_politik\\_beruf.html](https://www.textlog.de/weber_politik_beruf.html), zuletzt aufgerufen am 30.06.2022.
- Weber, Max (1993): Politik als Beruf. Duncker & Humblot-Verlag: Berlin.
- Welt online (2022): Scholz verteidigt Bundeswehr-Sondervermögen und schließt Nato-Einsatz aus. TV-Interview von Maybritt Illner mit Bundeskanzler Olaf Scholz in der ZDF-Sendung Maybritt Illner am 03.03.2022, in: Welt online vom 04.03.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article237296991/Scholz-bei-Maybritt-Illner-Kein-Nato-Einsatz-bei-Krieg-in-Ukraine.html>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2022.
- Wolf, Nikolaus (2016): Deutschland in Daten. Die Entwicklung seit 1945: wachsende Überschüsse und Handlungsspielräume. Bundeszentrale für politische Bildung online vom 28.01.2016, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/deutschland-in-daten/221464/die-entwicklung-seit-1945-wachsende-ueberschuesse-und-handlungsspielraeume/>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2022.
- Zeit online (2020): Menschenrechtsbeauftragte kritisiert zunehmende Verletzungen in China, in: Zeit online vom 08.09.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-09/baerbel-kofler-menschrechtsverletzungen-china-menschenrechtsbeauftragte-regierungsberaterin>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2021.
- Zeit online (2021): Annalena Baerbock kündigt härteren Kurs gegen China an, in: Zeit online vom 02.12.2021, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-12/china-annalena-baerbock-aussenpolitik-menschenrechte-haerte>, zuletzt aufgerufen am 02.12.2021.